

LUTZ NIETHAMMER

## AKTIVITÄT UND GRENZEN DER ANTIFA-AUSSCHÜSSE 1945

## DAS BEISPIEL STUTTGART

Spätestens als die Alliierten in deutsche Städte einmarschierten, wurden in Wohnbezirken und Betrieben, zuweilen auch auf gesamtstädtischer Ebene, Aktionsausschüsse gebildet, die spontan in kollektiver Selbsthilfe Sicherheit, Säuberung, Versorgung, Aufräumungsarbeiten und zuweilen auch die Produktion organisierten. Diese Ausschüsse trugen eine Vielfalt von Namen, die meist von bündnispolitischen Organisationen der KP abgeleitet waren; damals wurden sie allgemein „Antifa“ genannt. Binnen weniger Wochen wurden die meisten von den Besatzungsmächten verboten und ihre Unterlagen beschlagnahmt, andere in ihren Aktionszielen verbogen und von der Rekonsolidierung solcher soziopolitischer Organisationsformen verdrängt oder aufgelöst, die auch vor dem Faschismus bereits bestanden hatten (Verwaltung, Parteien, Unternehmen, Verbände). Es liegt jedoch nicht nur an der Quellenarmut infolge des spontanen Charakters und des baldigen Scheiterns der Antifas, daß heute so wenig über sie bekannt ist<sup>1</sup>.

Ihre Geschichte zählt vielmehr zu den gescheiterten Alternativen, die in das vorherrschende zeitgeschichtliche Selbstverständnis weder der DDR noch der BRD paßten. Wiewohl dort mehr über diese Bewegung geforscht worden ist, mußte sie von der offiziellen Geschichtsschreibung in der DDR in der Bewertung ganz an den Rand gerückt werden<sup>2</sup>, widersprach sie doch der (erst später) führenden Rolle der Partei. Im Sog der Westintegration konzentrierte sich andererseits die Zeitgeschichtsforschung in der BRD auf die Herausarbeitung solcher Traditionen, die den Anspruch der deutschen sozialen Führungsschicht auf nationale Gleichberechtigung legitimiert und die Einheit liberaler Verfassungen und kapitalistischer Pro-

<sup>1</sup> Die einzige monographische Behandlung (für den Kreis Schwarzenberg/Erzgeb.) bisher Werner Groß: Die ersten Schritte, Berlin (Ost) 1971. Ausführliche Kapitel zu Bremen und Hamburg werden enthalten sein in Peter Brandt, Antifaschistische Einheitsbewegung, Parteien und Gewerkschaften, sowie Holger Christier, Die Hamburger Arbeiterbewegung 1945–1949 (beide Diss. werden 1975 in Hamburg erscheinen). Für Bayern Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern, Frankfurt 1972, S. 124 ff. (hier auch die ältere allg. Lit.); seither sind noch zu erwähnen: drs. (Hrsg.), Walter L. Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone, Stuttgart 1973, S. 34 ff.; Jürgen Klein, Vereint sind sie alles? Hamburg 1972, Kap. 5, passim; Franz Hartmann, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 in Niedersachsen, Hannover 1972, S. 20 ff.

<sup>2</sup> Charakteristisch für die Bewertungsproblematik die Analyse bei Siegfried Thomas, Entscheidung in Berlin, Berlin (Ost) 1967, S. 33 ff. Nachweis der Lokalstudien aus der DDR, in denen auch Volksausschüsse behandelt werden, bei Arnold Sywottek, Deutsche Volksdemokratie, Düsseldorf 1971, S. 266 ff. Sonst bisher kaum belegte Angaben für die Westzonen bei Karl Greese, Der Kampf um die Entnazifizierung in Südbaden Mitte 1945 – Ende 1946, Phil. Diss. (masch.) Berlin (Ost) 1961, S. 72 ff.; Gerhard Mannschatz/Josef Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet 1945–1947, Berlin (Ost) 1962, S. 27 ff.

duktionsverhältnisse als alternativlos erscheinen lassen. Demokratische Spontaneität wurde hierzulande allenfalls Bürgerinitiativen zugeordnet, die Geschichte der Arbeiterklasse durch die ihrer etablierten Organisationen ersetzt. Eine fruchtbare Untersuchung verschütteter Alternativen muß jedoch den Zusammenhang traditioneller Legitimation durchbrechen und zu einem analytischen Geschichtsverständnis vordringen<sup>3</sup>. Nicht das Heroische an der gescheiterten Alternative interessiert, sondern daß es sie tatsächlich gegeben hat, worauf sie hinauslief und warum sie versagte. Dazu sind drei methodische Wege einzuschlagen: 1.) der theoretische, der das Organisationsproblem der Demokratie mit dem der Arbeiterbewegung verknüpft; 2.) der vergleichende, der auf die Perspektive der europäischen Befreiungsbewegungen über das Ende des Zweiten Weltkriegs hinaus verweist; und 3.) der empirische, der im lokalen Mikrokosmos auf einer spärlichen Quellengrundlage ein kurzzeitiges, fluktuierendes Geschehen konkret nachweist und auf seine Entwicklungsmöglichkeiten prüft. Das letzte soll am Stuttgarter Beispiel im folgenden geschehen, wobei ich hier nur allgemein auf Quellen verweise<sup>4</sup>, da eine wesentlich ausführlichere Schilderung im Zusammenhang einer Darstellung der deutschen Antifabewegung erscheinen wird<sup>5</sup>. Für die ersten beiden Wege sollen hier nur einige Stichworte vorausgeschickt werden, um die Einordnung des Beispiels zu erleichtern.

## I

Die theoretische Zielperspektive, innerhalb derer die Erfahrung der Antifa-Ausschüsse interessiert, ist die direkte Demokratie, der Traum einer sich kollektiv aus überschaubaren Einheiten heraus selbst gestaltenden Gesellschaft, in der entfrem-

<sup>3</sup> Vgl. den Diskussionsbericht „Zwischen Sozialgeschichte und Legitimationswissenschaft“, in: Jb. Arbeiterbewegung 2 (1974) S. 267 ff.

<sup>4</sup> Aus Raumgründen werden nur wichtigere Einzelbelege gegeben. Die Arbeit stützt sich im wesentlichen auf Akten der Kanzlei des Oberbürgermeisters im Stadtarchiv Stuttgart (StAS). Für die Analyse unentbehrlich sind die Hintergrundberichte, des im Mai 1945 vom Internationalen Gewerkschaftsbund/London über OSS nach Stuttgart entsandten Fritz Eberhard, insbesondere seine Berichte v. 8. 6., 25. 6. bzw. 20. 7. 1945 nebst Anlagen im Mat. Gottfurcht, Deutschlandberichte 1944/45, DGB-Archiv Düsseldorf. Die folgenden Berichte liegen im Archiv des IfZ München, Mat. Eberhard. Daneben instruktiv die OSS-Field Intelligence Studies Nr. 5 „The Political Situation in Württemberg, A Preliminary Survey“ v. 2. 7. 1945 (15 S.) und Nr. 45 „Political Activity in North Württemberg-Baden“ v. 1. 12. 1945 (46 S.) in: National Archives, Washington D. C., Rec. Gr. Nr. 358. Ich danke allen Archivbeamten, die mir den Zugang zu diesen Materialien erleichtert haben, sowie Karl Ackermann (Mannheim), Franz Bellemann, Willi Bleicher, Karl Brehma, Heinz Eschwege, Hermann Hässler, Otto Scheef, Hans Schneider (alle Stuttgart), die mir schriftliche Auskünfte gaben oder in Gesprächen den Hintergrund der Stuttgarter Ereignisse von 1945 beleuchteten.

<sup>5</sup> Es handelt sich um die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe, die 1976 erscheinen sollen. Neben einer allgemeinen Analyse werden darin auch monographische Darstellungen von Antifa-Ausschüssen in Bremen, Braunschweig, Duisburg/Mülheim, Frankfurt-Riederwald, Hamburg, Hannover, Solingen, Stuttgart und Angaben über zahlreiche weitere enthalten sein. Andere Beiträge schrieben U. Borsdorf (Essen), P. Brandt (Berlin), H. Dröll (Frankfurt),

dende Arbeitsteilung aufgehoben und die Herrschaft von Minderheiten über Mehrheiten überwunden ist. In Phasen beschleunigten Wandels sind seit über einem Jahrhundert immer wieder gesellschaftliche Organisationsformen, insbesondere Räte, aufgetreten, die als Annäherung an diese utopische Norm erscheinen. Historisch haben sich Räte jedoch bisher stets als vorübergehende Modelle und nicht als Vorstufen zur Realisierung direkter Demokratie erwiesen. Wo die gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse tatsächlich umgewälzt wurden, wurde dies zentral durch effektive Eliten gesteuert, die neue Herrschaftsformen und -schichten in der nachrevolutionären Gesellschaft etablierten und den Prozeß der Arbeitsteilung nicht umzukehren vermochten. Wo jedoch die revolutionäre Initiative in räteförmiger Verfassung spontan von der Basis am einzelnen Ort ausging, scheiterte sie unter dem Effektivitätsdruck einer feindlichen Umwelt.

Außer als demokratische Vereins- und Aktionsform in gesellschaftlichen Macht-hohlräumen verweist die Erfahrung von Räten auf Zusammenbruchskrisen im Zuge verlorener Kriege, die zu relativer Verselbständigung einzelner Städte oder Regionen führten wie in Paris 1871 oder in Mittel- und Osteuropa am Ende des Ersten Weltkrieges. Der Räteansatz wurde hier durch chaotische, quasi-archaische Verhältnisse begünstigt, welche die gesellschaftliche Reproduktion auf das Niveau der Herstellung einer Elementarordnung am einzelnen Ort und die Befriedigung der unmittelbarsten Lebensbedürfnisse herabdrückten. In dieser Lage waren die vordringlichsten Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung die gleichen. Die meisten der unmittelbar anstehenden Fragen erforderten keinen besonderen Sach-verstand, sondern stellten sich auf einem ‚do-it-yourself-level‘: Lebenserfahrung und gesunder Menschenverstand, die Fähigkeit zur Zusammenarbeit und Kommunikation, Initiative und Tatkraft waren gefragt. Als weitere wichtige Rahmenbedingung für Räte (im Unterschied zu militärischen oder Kaderorganisationen) erwies sich, daß der vormalige Herrschaftszusammenhang bereits unterbrochen oder zumindest durch die Kriegsniederlage unterhöhlt und von den Siegern keine wirksame Militärregierung errichtet war. Erst wenn der unmittelbare politische, wirtschaftliche oder militärische Kampf in das Stadium der Disposition über Gegner, der Säuberung und Aufräumarbeiten übergegangen war, entstanden die Freiräume, in denen das Medium von Räten, Versammlung und Diskussion, Platz greifen konnte<sup>6</sup>.

H. Christier (Hamburg), A. Lein (Göttingen), I. Marssolek (Berlin), H. Pietsch (Duisburg), U. Schröder (Bremen), A. Sywottek (Hamburg); außerdem arbeiteten in der Arbeitsgruppe J. Klein (Hamburg), F. Moraw (Heidelberg) und A. Weinrich (Frankfurt) mit. Ihnen möchte ich auch an dieser Stelle für zahlreiche Diskussionen danken, ebenso wie der „Stiftung Mitbestimmung“ für die Förderung des Projekts.

<sup>6</sup> Pionierarbeit für die Wiedergewinnung der Perspektive von Räten als demokratischen Revolutionsorganen leisteten Lorenz Tschudi, Räte-Demokratie und Marxismus, zuerst Diss. Basel 1950, Neuausgabe Basel 1973; Hannah Arendt, Über die Revolution, Frankfurt 1963, S. 327 ff. Den Ertrag der historischen Räteforschung faßt am besten zusammen Oscar Anweiler, Rätebewegung, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft (SDG) 5 (1972), Sp. 429 ff.

Der Widerspruch zwischen der utopischen Norm direkter Demokratie und der historischen Erfahrung, welche die Wirksamkeit von Räten auf abnorme Übergangssituationen begrenzte, hat die Diskussion auf einen gradualistischen und strategischen Ansatz konzentriert, die sog. ‚Demokratisierung‘. Dabei fällt die Beschränkung auf aktuelle Vorfälle und Programmatiken auf, während die Erfahrung von Zwischenformen, die seit dem Ersten Weltkrieg gemacht wurde, kaum berücksichtigt wird<sup>7</sup>. Angesichts der zunehmenden Internationalisierung von Herrschaftsverhältnissen existieren jedoch in ‚penetrierten Systemen‘ die machtpolitischen Freiräume der älteren Räte nicht mehr. Das Interesse an strategischen Zwischenformen legt die Suche nach Beispielen für gesellschaftlichen Aufbau durch Kleingruppen nahe, bei denen Erfahrung, Interesse und Aktion vergesellschaftet sind. Wer reagiert wie, wenn die elementaren Grundlagen der Gesellschaft bedroht sind und ihre Neuorganisation ansteht? Gibt es überhaupt in den Massen ein von den nationalen Eliten unabhängiges Potential, das die Initiative ergreifen kann, und auf welche Erfahrungen und Verhaltensmuster wird dabei zurückgegriffen? Entstehen durch solche Initiativen kollektive Lernprozesse bzw. wo liegen umgekehrt die Ursachen, wenn die Überwindung der Notlage in die Verselbständigung von Führungsgruppen und in die Apathie der Massen mündet? Wie verstehen schließlich lokale Kleingruppen ihre kollektive Selbstorganisation: als Chance für einen grundsätzlich anderen Gesellschaftsaufbau oder als vorübergehenden Notbehelf<sup>8</sup>?

## II

Zwischen spanischem Bürgerkrieg und chinesischer Kulturrevolution harren vor allem die antifaschistischen Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg quer durch Europa der Untersuchung, welche Erfahrungen sie zur Geschichte räteähnlicher Formen direkter Demokratie beitragen. Bei einem internationalen Vergleich der Bedingungen und Verläufe der antifaschistischen Befreiungsbewegungen – der zugleich den Legitimationszweck ihrer Untersuchung eliminiert – schält sich ihr Übergang von der Sonderlage des Widerstands zur Normallage der Nachkriegssysteme als Kardinalproblem heraus. Dieses Übergangsproblem konnte fast nirgendwo langfristig von der breiten Basis des militanten inneren Widerstands für

<sup>7</sup> Charakteristisch für diesen historischen Sprung, aber informativ für die Experimente mit räteähnlichen Organen und den Diskussionsstand in jüngerer Zeit Udo Bernbach (Hrsg.), *Theorie und Praxis der direkten Demokratie*, Opladen 1973.

<sup>8</sup> Die Soziologie von Räten und ihr Verhältnis zu den vorrevolutionären Gewalten einerseits, revolutionären Parteieliten andererseits erscheinen nach den historischen Vergleichen von Arendt und Anweiler als die hauptsächlichen Forschungsdesiderate. Die westeuropäischen Erfahrungen hierzu fassen zusammen Hans Mommsen/Klaus Meschkat, *Pariser Commune*, in SDG 4 (1971), Sp. 1069 ff.; Udo Bernbach, *Das Scheitern des Rätessystems und die Demokratisierung der Bürokratie 1918/19*, in: *Pol. Vierteljahresschrift* 8 (1967), S. 445 ff. Pierre Broué/Emile Témime, *Revolution und Krieg in Spanien*, Frankfurt 1969, S. 228 ff.

sich entschieden werden, weder national noch in den Parteien und Gewerkschaften; vielmehr wurden die Nachkriegsordnungen überwiegend unter Rückgriff auf vor dem Faschismus praktizierte Organisationsformen von Vertretern früherer Eliten oder Exilführungen geprägt, deren Zugriff auf die Legitimation des antifaschistischen Widerstandskampfes angesichts andersartiger sozialer Rekrutierung, Organisationsformen und Aktionsziele fragwürdig erscheint<sup>9</sup>.

Das herausragende Gegenbeispiel, Jugoslawien, läßt in seinen Sonderbedingungen Gründe für den Abbruch der Widerstandsperspektive in den anderen Ländern erkennen. Im Verhältnis zum übrigen Europa konnte sich Jugoslawien den Hegemonialsystemen sowohl des Faschismus wie der darauf folgenden Ost-West-Polarisierung weitgehend entziehen: im ersten Fall auf Grund der geringen militärstrategischen und rüstungswirtschaftlichen Bedeutung insbesondere seiner großen unwegsamen Gebirgsgegenden, im zweiten Fall auf Grund der interalliierten Abrede sich gegenseitig neutralisierender Einflußanteile. Zweitens setzte sich in diesen Hohlräumen eine entschieden kommunistisch orientierte und zentral vom KP-Chef militärisch geführte Partisanenorganisation durch, die einen ernsthaften Kompromiß mit der bürgerlichen Exilregierung und mit nur ‚nationalen‘ Partisanen ablehnte und von der auch örtliche Selbstverwaltungsversuche durch Befreiungsräte abhängig waren – also weder eine der sonst üblichen Volksfrontkoalitionen noch eine selbständige spontane Machtbildung in lokaler Isolation. Drittens wurde dieser militärisch-politische Erfolg in einer überwiegend agrarischen Gesellschaft mit ihren elementaren Reproduktionsbedingungen erzielt<sup>10</sup>.

Aus dem Vergleich dieser Sonderform mit den meist lokal isolierten, aus ‚nationalen‘ Koalitionen erwachsenen und teilweise von den Alliierten abhängigen Er-

<sup>9</sup> Ein solcher Vergleich steht in der Literatur noch aus. In den älteren Symposien über die europäischen Befreiungsbewegungen wurden nur nationale Studien nebeneinandergestellt, die ähnlich wie die deutsche Widerstandslit. vom heroisch-nationalen Pathos getragen sind: *La Résistance européenne 1933-45*, Paris 1960; *European Resistance Movements*, Oxford 1964. Sie enden mit der Befreiung, ebenso Studien aus kommunistischer Sicht, die gleichfalls den heroisch-legitimierenden Aspekt in den Vordergrund rücken. Vgl. Heinz Kühnrich, *Der Partisanenkrieg in Europa*, 2. Aufl. Berlin (Ost) 1968 und Länderstudien wie Vlado Strugar, *Der jugoslawische Volksbefreiungskrieg 1941 bis 1945*, 2 Bde. Berlin (Ost) 1969; Roberto Battaglia/Giuseppe Carritano, *Der italienische Widerstandskampf 1943 bis 1945*, Berlin (Ost) 1970. Wichtig für die Analyse von Kontinuitäts-Bedingungen ist vor allem der griechische Fall. Vgl. Dominique Eudes, *The Kapitanios*, New York/London 1972; Heinz Richter, *Griechenland zwischen Revolution und Konterrevolution*, Frankfurt 1973. Zum letzteren Aspekt vgl. auch für Italien die Beiträge von G. Quazza und B. Salvati in S. J. Woolf (Hrsg.), *The Rebirth of Italy 1943-50*, London 1972, und für Frankreich Lokalstudien wie z. B. Maurice Agulhon/Fernand Barrat, *C. R. S. à Marseille*, Paris 1971; Pierre Guiral, *Libération de Marseille*, Paris 1974.

<sup>10</sup> Neben Strugar und den zit. Sammelwerken vgl. Othmar N. Haberl, *Die Emanzipation der KP Jugoslawiens von der Kontrolle der Komintern/KPdSU 1941-1945*, München 1974; Costa de Loverdo, *Les maquis rouges des balkans*, Paris 1967; Ernstgert Kalbe, *Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution in Südosteuropa*, Berlin (Ost) 1974, Kap. III/2 u. 3; Predag Vranicki, *Geschichte des Marxismus*, Bd. 2, Frankfurt 1974, S. 997.; Phyllis Auty, *Tito*, München/Gütersloh/Wien 1972, bes. Teil III f.

folgen der Befreiungsbewegungen in anderen Teilen Europas lassen sich in schematischer Verkürzung einige hypothetische Korrelationen zwischen dem Charakter von Befreiungsbewegungen und ihrer späteren politischen Durchsetzungskraft gewinnen. Die Kontinuitätschance ist offenbar um so größer, je weniger das betreffende Gebiet von Großmächteinteressen berührt wird, wenn es also kein umfassend ‚penetriertes‘ oder gar durch Besetzung direkt unterworfenen System darstellt. Sie hängt zweitens damit zusammen, daß sich die Befreiungsbewegung zugleich als nationale und soziale versteht und diese Ziele von einer einheitlichen revolutionären Führung integriert werden, wenn also keine unendliche Vielfalt lokaler Konstellationen und keine Koalition aller an der nationalen Befreiung interessierter Kräfte gegeben ist. Drittens operierten die größten und wirksamsten Partisanenorganisationen (nicht nur auf dem Balkan) in agrarischen oder sogar präagrarischen Gebieten, dem sog. Maquis, während der Großteil ihrer Aktivisten aus Kadern der Arbeiterbewegung und Intellektuellen der Städte gebildet wurde. Nur wo deren Integration mit der Landbevölkerung in sog. Partisanenrepubliken gelang und angesichts der nationalen Gesellschaftsstruktur mehr als vorübergehende taktische Bedeutung gewinnen konnte, bedeutete die Rückkehr in die Städte keinen Kontinuitätsbruch<sup>11</sup>. Und schließlich war die Chance der Nachkriegskontinuität um so größer, je selbständiger die Befreiung bewirkt worden war – also keine fünf vor zwölf zur Selbstlegitimierung unternommene Demonstration, die machtpolitisch von der Entsetzung durch herannahende alliierte Truppen abhing, sondern eine längerfristige Erkämpfung, Organisation und Ausdehnung selbstbefreiten Gebiets. Strukturell setzte dies Koordination durch Kommando und Disziplin in einer Atmosphäre unmittelbarer Gewalt voraus.

Diese Korrelationshypothesen beschreiben jedoch in aufsteigender Linie zunehmend ungünstigere Bedingungen für die Einlösung direkter Demokratie in räteähnlicher Form nach der Befreiung. Denn die Wirksamkeit von Räten wird durch die Möglichkeit zur Neukonstituierung eines gesellschaftlichen Zusammenhangs

<sup>11</sup> Militärisch relevante Selbstbefreiungsakte in Städten fanden nur angesichts nahender alliierter Streitkräfte statt (Paris, Norditalien) und brachen bei verzögerter Entsetzung zusammen (Warschau, München). Längerfristige Partisanenaktivität konnte sich nur im „Maquis“ behaupten, in Nordgriechenland, im Karst Dalmatiens, in den österreichischen Bergen, in den Karpaten (vgl. W. Venohr, *Aufstand für die Tschechoslowakei*, Hamburg 1969), in den Gebirgsgegenden des Apennin, Friauls und Savoyens in Italien, im Zentralmassiv, in der Dauphiné und den Cevennen Frankreichs. Eine Integration der Partisanen mit der ländlichen Bevölkerung ihres hauptsächlichen Operationsgebiets findet sich in zwei Varianten vor allem auf dem Balkan. In Griechenland führte dies zu Konflikten auch zwischen den kommunistischen Kapitänios und der KP-Zentrale, die Widerstand vor allem von der städtischen Arbeiterklasse erwartete, wo er nicht stattfinden konnte. In Jugoslawien hingegen ergab sich eine tatsächliche Integration in einer kommunistisch geleiteten, militärisch aktiven Volksbefreiungsbewegung: über die Hälfte der KP-Mitglieder waren Bauern, der Rest Intellektuelle und Arbeiter (Haberl, a. a. O., S. 16 f.); für die Partisanen selbst gilt dies für die Mehrheit der südosteurop. Länder. Vgl. Kühnrich, a. a. O., S. 50 ff., 379 f., und Kalbe, a. a. O., S. 166, der jedoch gerade versucht, die Strukturunterschiede in den einzelnen Ländern in Phasenverschiebungen umzuinterpretieren.

zersplitterter urbanisierter Gebiete begünstigt, d. h. durch den Zerfall der vormaligen herrschaftlichen Koordination, also weder durch deren Zerschlagung und Ersetzung von außen noch durch den Zwang zum Partisanenkampf mit seiner Kommandostruktur<sup>19</sup>. Zweitens setzt solidarische Selbsthilfe sowie ihre Anleitung und Vertretung durch Aktionsausschüsse bzw. Räte voraus, daß Solidarität bereits historisch gelernt und durch eine aktuelle Interessenparallelität begründet ist sowie durch die Ausbildung einer basisnahen Führungsschicht von Aktivisten koordiniert wird. Solche Bedingungen sind aber in der Arbeiterschaft industrieller Stadtregionen wesentlich verbreiteter als bei Bauern und Bürgern – oder gar im Verteilungskampf zwischen Stadt und Land in einer zugespitzten Versorgungskrise. Insofern widersprechen die Bedingungen antifaschistischer Selbstbefreiung im nationalen oder doch regionalen Maßstab teilweise denen direkter Demokratie, wie sie sich durch lokale Selbstorganisationsversuche während der Lähmungskrise nach dem Zusammenbruch der faschistischen Herrschaft am einzelnen Ort anbahnen mochte. Gleichwohl ließ dieses Bedingungsraaster wie auch die internationale machtpolitische Verflechtung am einzelnen Ort begrenzte Hohlräume für die Entwicklung autochthoner Selbsthilfe und antifaschistischer Machtbildung zu. Erst innerhalb dieses Gefüges wird die Geschichte der Partisanenrepubliken des Balkans und Italiens, der Befreiungs- und Leitungsausschüsse Italiens und Frankreichs und auch der Antifa-Ausschüsse in Deutschland verständlich.

### III

Die Antifa-Ausschüßbewegung in Stuttgart war eine der größten im besetzten Deutschland; ihre Ausläufer zogen sich bis 1948 hin. Sie steht damit den lokalen Befreiungsausschüssen etwa Norditaliens oder Südfrankreichs am nächsten. Während dort jedoch Koalitionen der Repräsentanten verschiedener Widerstandsgruppen und Parteien überwogen, ist in Stuttgart die Anlehnung an das Rätmodell unverkennbar. Mit Hilfe unseres hypothetischen Rasters können die Bedingungen der Stuttgarter Antifa näher bestimmt werden, die tendenziell auch in den meisten anderen deutschen Städten wirksam waren und sich in ihrer Konstellation von der Lage in den ‚befreiten Ländern‘ abhoben.

Die Bedingungen für die Kontinuität einer antifaschistischen Befreiungsbewegung waren in Stuttgart schlecht; noch am ehesten läßt sich von einem – gegenüber der sonstigen Besetzung Deutschlands durch Amerikaner und Russen – relativen Machtvakuum reden. In vielen Teilen Deutschlands gab die alliierte Fronttruppe aus Mangel an konkreten politischen Zielen und administrativer Durchsetzungskraft für einige Wochen autochthoner Selbstorganisation Raum; hier traten jedoch

<sup>19</sup> Diesen Gesichtspunkt betont besonders Hannah Arendt, a. a. O., S. 528 f. u. ö. Die später entwickelte Theorie der Stadt-Guerilla hat in der Praxis vor allem zu individuellem Terror, nicht aber zu Massenaufständen oder wirksamer Selbstbefreiung geführt. Die Verknüpfung von direkter Demokratie und militärischer Effizienz ist bisher nur theoretisch gelungen.

Sonderbedingungen hinzu. Stuttgart wurde am 20. und 21. 4. 1945 verabredungswidrig von französischen Truppen ohne wesentliche Kampfhandlungen genommen und als Faustpfand gehalten, um die USA zu einer frankreichfreundlichen Festlegung der Besatzungszonen zu bewegen. Um keinen Vorwand zur Intervention zu bieten, waren die Franzosen hier an einem gütlichen Arrangement mit den Deutschen interessiert. Darüber hinaus gab es auch eine Balance von Vichy-, de Gaulle- und Résistance-Kräften in der auf die Besatzung weitgehend unvorbereiteten Armee, die ihr politisches Verhalten unberechenbar und verhältnismäßig zurückhaltend machte<sup>13</sup>.

Von einer integrierten Selbstbefreiungsbewegung kann in Stuttgart nicht gesprochen werden; auf der anderen Seite war eine spontane, von der Arbeiterschaft ausgehende Organisation antifaschistischer Ausschüsse aber auch nicht durch eine klassenübergreifende Koalitionsbildung auf zentraler Ebene in ihrer Entwicklung behindert. Trotz heroischer Einzelaktionen ist auch ein organisierter Zusammenhalt der Kader der Arbeiterbewegung in Stuttgart in den letzten Kriegsjahren nicht mehr nachzuweisen. Zwar gab es bürgerliche Gruppen, die ein Ende der NS-Herrschaft befürworteten; sie verfolgten damit zugleich jedoch so konservative gesellschaftspolitische Ziele, daß unter dieser Drohung eines modernisierten Klassenkampfes von oben kaum Ansätze zu einer antifaschistischen Gemeinsamkeit mit der Masse der Arbeiter sichtbar wurden. Die beiden übrigen Bedingungen antifaschistischer Kontinuität fallen hier vollends aus: partisanenähnliche Selbstbefreiungsorganisationen gab es – im Gegensatz zu Österreich und Bayern – im schwäbischen Raum nicht, und trotz großbürgerlicher Bemühungen um kampflöse Übergabe kann von einer wirksamen Selbstbefreiung keine Rede sein<sup>14</sup>. Unter diesen ungünstigen Voraussetzungen für eine antifaschistische Kontinuität gab es also am ehesten noch solche Faktoren, die zugleich eine räteförmige spontane Selbst-

<sup>13</sup> Zur Besetzung Stuttgarts durch die Franzosen vgl. Hermann Vietzen, *Chronik der Stadt Stuttgart 1945–1948*, Stuttgart 1972, S. 23 ff.; Gen. Jean de Lattre de Tassigny, *Histoire de la Première Armée Française, Rhin et Danube*, Paris 1949, S. 536 f., 567 ff., und die in Niethammer, Dorn, a. a. O., S. 46 zit. Lit., Zur Rekrutierung der französischen Besatzungstreikräfte vgl. F. Roy Willis, *The French in Germany, 1945–1949*, Stanford Ca. 1962, S. 67 ff.

<sup>14</sup> Für den Widerstand in Stuttgart gibt es bislang nur den Überblick von Willi Bohn, *Stuttgart geheim!*, 2. Aufl. Frankfurt 1970, der für die zweite Kriegshälfte nur sehr vereinzelte Aktionen nachweisen kann. Andererseits bestand offenbar unter einigen früheren Gewerkschaftsfunktionären ein Zusammenhalt, der teils direkt, teils über den Bosch-Kreis Beziehungen zum Leuschner-Kreis hatte. Vgl. ebenda, S. 181, u. Otto Kopp (Hrsg.), *Widerstand und Erneuerung*, Stuttgart 1966, S. 129 f. Zum Bosch-Kreis vgl. ebda, S. 98–186, und Gerhart Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, München 1964 (dtv), S. 158 ff. Gegen die Darstellung der letzten Kriegsmomente bei Vietzen ist zwar der Vorwurf erhoben worden, daß hierbei der Widerstand der Arbeiterbewegung nicht beleuchtet worden sei. Außer brutalen Verfolgungen, wie z. B. die Ermordung der Familie Schlotterbeck, konnte aber auf keine aktive und organisierte Widerstandstätigkeit in dieser Phase verwiesen werden. Vgl. Kreisvorstand der DKP Stuttgart (Hrsg.), *Für die Wahrheit streiten!* (heft. Stuttgart 1974, S. 14 ff.

organisation zu fördern geeignet sind: einen Raum verdünnter machtpolitischer Durchsetzung der Alliierten und desintegrierte deutsche Alternativeliten.

Auf der anderen Seite waren die Bedingungen für eine räteförmige Selbstorganisation – Desintegration der vormaligen Herrschaft in überschaubare lokale Einheiten und eine relativ solidarische Arbeitertradition – in Stuttgart noch günstiger als in den meisten anderen deutschen Städten. Die exportorientierte verarbeitende Industrie des Stuttgarter Raumes hatte sich gegenüber dem NS eine westliche Option offengehalten; aus der Tradition des schwäbischen Pietismus heraus hatte es auch im protestantischen Bürgertum verhältnismäßig starke Abwehrkräfte gegen den NS gegeben. Diese inneren Alternativen gewannen zunehmenden Einfluß auf die Verwaltung der Stadt. In der Umgebung des NS-Oberbürgermeisters Strölin sammelten sich so viele Stimmen der Vorsicht, daß schließlich auch er selbst auf die Seite der kampflosen Übergabe, der Sabotage der „Verbrannte-Erde“-Befehle und mithin auf die schwarze Liste der SS rückte. Man kann hier aber nicht von einem Umschwung zum Widerstand, von der Etablierung einer neuen moralischen Autorität sprechen, denn die Wehrwirtschaftsführer trugen zu deutlich Wasser auf beiden Schultern, die Umkehr des Oberbürgermeisters war zu präzise mit den militärischen Mißerfolgen des NS-Regimes synchronisiert. Vielmehr desintegrierte das gesamte politische und wirtschaftliche Herrschaftssystem im Stuttgarter Raum im letzten Kriegsdrittel schneller als in den meisten anderen Gebieten und hinterließ disparate Führungskräfte, an ihrer Spitze einen jungen und weithin unbekanntem Rechtsanwalt, Arnulf Klett, als Oberbürgermeister, der sich als Verteidiger auch kommunistischer KZ-Häftlinge bewährt hatte, aber den Franzosen noch vom NS-OB vorgeschlagen und einer weiterbestehenden ‚Fachverwaltung‘ aufgepfropft worden war<sup>15</sup>.

Auch die Sozialstruktur Stuttgarts hatte sich im letzten Kriegsjahr so entwickelt, daß die Stadt unsteuerbar geworden war. Die letzten Luftangriffe hatten das Stadtzentrum im Talkessel praktisch ausgeschaltet und damit die auf den umliegenden Höhen vor allem im Süden gelegenen, z. T. erst im Krieg eingemeindeten bürgerlichen Vororte wie auch die schon früher integrierten Industrie- und Arbeitervorstädte des Neckar- und des Feuerbachtals (Unter- und Obertürkheim, Wangen, Hedelfingen, Cannstatt, Münster, Zuffenhausen, Stammheim, Feuerbach, Botnang) relativ verselbständigt. Im eigentlichen Talkessel konzentrierten sich z. T. stark

<sup>15</sup> Zum Bosch-Kreis vgl. Anm. 14, zu seiner Fortsetzung Anm. 33 ff. Zu Strölin neben Vietzen, a. a. O., S. 14 ff., auch Karl Strölin, *Stuttgart im Endstadium des Krieges*, Stuttgart 1950. Verschiedentlich haben auch Arbeiter in den Vororten die Verteidigung verhindert, die Soldaten entwaffnet und in Zivilkleidern nach Hause geschickt. Ein Beispiel aus Stuttgart-Münster berichtet Eberhard v. 8. 6. 1945, a. a. O. Zur Biographie und Berufung Kletts vgl. Kurt Leipner (Hrsg.), *25 Jahre Oberbürgermeister (FS Klett)*, Stuttgart 1971, bes. S. 29 ff., sowie Vietzen, a. a. O., S. 19, 31 f. Dabei wird nicht erwähnt, daß statt Klett zunächst ein linkerer Kandidat im Gespräch war, dessen Berufung durch Strölin's Wendung zugunsten Kletts verhindert wurde. Vgl. dazu den Bericht von Heinz Eschwege, *Vom Untergang und Aufstieg der Stadt Stuttgart 1945–1946*, (masch. StAS Nr. 3705) S. 27 ff.

zerstörte Arbeiterquartiere an den östlichen und westlichen Talausgängen (Heslach, West; und Gablenberg, Gaisburg, Ost), während das Bürgertum in den Villengegenden der nördlichen und südlichen Hügel und die in Stuttgart sehr zahlreichen Arbeiter-Pendler auf dem Lande blieben. In den Außengebieten hatten die Luftangriffe insbesondere die um Fabriken und Bahnhöfe konzentrierten Arbeiterbezirke getroffen. Die zentrale Verwaltung war schon 1944 den sich daraus ergebenden Problemen nicht mehr gewachsen und überließ z. B. die Wohnraumlenkung den Ortsgruppen der NSDAP. Andererseits war Stuttgart aufgrund seiner dezentralisierten Struktur mit 1 % Luftkriegstoten noch relativ glimpflich davongekommen. Aber die ortsanwesende Bevölkerung (etwa 42 % der Vorkriegseinwohnerschaft) bestand zu 83 % aus Kindern, Frauen und alten Männern, und in der alsbald einsetzenden Rückflut der Evakuierten (1945 allein rd. 100 000) waren diese Gruppen ebenfalls dominierend. Die Männer im sog. wehrfähigen Alter waren je etwa zur Hälfte Deutsche und zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppte Ausländer. Der produktive Bevölkerungsteil war also auf 10 bis 20 % zusammengeschmolzen. Nachdem der Gauleiter als letzte Großtat noch die Ernährungsbewirtschaftung aufgehoben und damit die verbliebenen Reserven verschleudert hatte, kamen Versorgung und Verkehr (auch Post und Telephon) mit dem Einzug der Franzosen für mehrere Wochen zum Erliegen; alle Brücken über den Neckar bis auf einen Fußsteg waren gesprengt<sup>16</sup>.

Außerdem war das Qualifikationsniveau in der verhältnismäßig jungen verarbeitenden Großindustrie des Stuttgarter Raumes hoch; durch einen bedeutenden Anteil von Arbeitern mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb gab es auch in dieser Klasse ein gewisses Maß wirtschaftlicher Selbständigkeit und geringere Wohnungsnot. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich die Spaltung der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik in Stuttgart weniger scharf, und die dritte Front zur christlichen Arbeiterbewegung spielte hier eine geringe Rolle. Stuttgart war eine Hochburg des Versöhnertums in der KPD wie auch der KPO, die nach 1928 an gewerkschaftlicher Solidarität festhalten wollten. Andererseits war die SPD in der Stadt und im Land in der Opposition verblieben und hatte militante Töne angeschlagen; der junge Kurt Schumacher führte z. B. seine Reichsbannerscharen zu gemeinsamen Demonstrationen mit den Rotfrontkämpfern im Rahmen der von der KP initiierten ‚Antifa-Aktion‘<sup>17</sup>. Verbindend hatte auch ein breites Arbeitervereins- und Siedlungswesen gewirkt, das z. B. bei Untertürkheim, in Feuerbach, in Botnang zu relativ ‚selbständigen‘ Arbeitervierteln geführt hatte. In

<sup>16</sup> Neben Vietzen, a. a. O., Kap. 7 ff., vgl. Heinz Badura, Stuttgart im Luftkrieg 1939–45, Stuttgart (1967), bes. S. 166 ff. u. d. Berichte Strölins, S. 192 ff.

<sup>17</sup> Eine eingehende Untersuchung der Geschichte der Arbeiter in Stuttgart fehlt. Vgl. jedoch Hinweise bei Heinz Karl/Erika Kücklich (Hrsg.), Die antifaschistische Aktion, Berlin (Ost) 1965, S. 183 f.; Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Frankfurt 1969, Bd. 1, S. 220 f. u. ö.; Lewis J. Edinger, Kurt Schumacher, Köln/Opladen 1967, S. 55 ff.; K. H. Tjaden, Struktur und Funktion der KPD-Opposition, Meisenheim/Glan 1964, z. B. S. 313; Willi Bohn, a. a. O., S. 11 ff.

diesen war auch unter der NS-Herrschaft der Zusammenhalt gewahrt worden<sup>18</sup>. Insgesamt begünstigten die industrielle Qualifikationsstruktur, die dezentrale Wohnweise in Arbeitersiedlungen und die verminderte Kluft in der Arbeiterbewegung das „Lernziel Solidarität“ gerade in den Betrieben und Wohnbezirken.

#### IV

Erste Zusammenschlüsse zu Kampfkomitees (KK)<sup>19</sup> kamen hauptsächlich durch frühere Gemeinde- und Bezirksbeiräte der SPD und KPD zustande, ergänzt durch andere Funktionäre dieser Parteien sowie Betriebsräte und Einzelpersonen. Ihr Vorgehen war ziemlich ähnlich und zielte teilweise auf direkte Übernahme der Verwaltung, teilweise auf den Aufbau von Kampforganen für eine Doppelherrschaft durch antifaschistische Verwaltungskontrolle. Zumindest lassen sich solche Perspektiven aus ihrem Handeln erschließen: Übernahme verwaister Bezirksämter, zuweilen nach Verdrängung des leitenden Beamten (Zuffenhausen, später Untertürkheim). Oder das KK erschien im Rathaus und beanspruchte, den Ortsbürgermeister zu kontrollieren (z. B. Cannstatt, zunächst Untertürkheim), oder es konstituierte sich neben ihm als Gremium zur politischen Kommunikation und zur Übernahme der wichtigsten Notfunktionen (Feuerbach). Ein nächster Schritt war die Bildung einer Hilfspolizei (schon am dritten Tag in Zuffenhausen eine Truppe von 40 Mann), die zum Universalinstrument der weiteren Tätigkeit wurde. Seinem Einsatz lag allgemein der Gedanke zugrunde, gefährliche Nazis dingfest zu machen, um sie von Sabotage (Werwolf) abzuhalten und zur späteren Aburteilung in Untersuchungshaft zu bringen. Zweitens sollten die Lasten der Notsituation in erster Linie den Pgs aufgeladen werden, denen gesagt wurde, sie seien für den von ihrer Partei angerichteten Schaden „solidarisch haftbar“. Sie sollten bei Aufräumarbeiten und Beschlagnahmen zuerst herangezogen werden, Kleider und Wohnraum an Verfolgte und Bedürftige abgeben und wichtige oder privilegierte Berufspositionen räumen. Daneben diente die Hilfspolizei (z. B. Obertürkheim, Uhlbach) der allgemeinen Sicherung gegen Plünderung und Überfälle, nicht zuletzt auch zur „Bewachung der Polizei“ (Cannstatt). Trotz dieser Merkmale ähnlichen Vorgehens liegt den frühesten Ausschüssen kein starres politisches Schema zugrunde. Die Kader waren unterschiedlich zusammengesetzt und in den Vororten mehrheitlich von SPD-Altfunktionären geführt, wie z. B. das KK in Zuffenhausen von dem SPD-MdL und früheren Parteizeitungsredakteur Emil Schuler, der kurz

<sup>18</sup> Für ein Beispiel aus der Siedlung Luginsland bei Untertürkheim vgl. den Bericht von Friedrich Schlotterbeck, *Je dunkler die Nacht desto heller die Sterne*, Zürich 1945, (hier nach einer engl. Ausgabe, London 1947, S. 141 ff.).

<sup>19</sup> Die frühesten Ausschüsse in den Vororten nannten sich überwiegend „Kampfkomitee gegen den Nationalsozialismus“. Die folgende Darstellung beruht meist auf Meldungen der bedrängten Ortsbürgermeister an die zentrale Stadtverwaltung (StAS 0051-1) sowie auf den Beobachtungen Eberhards.

zuvor aus dem KZ entlassen worden war. Die leitenden Männer waren – im Gegensatz zur Mehrzahl der Mitarbeiter und Hilfspolizisten – keine oder nur nominelle Arbeiter, wohl aber überwiegend Funktionäre der Arbeiterbewegung<sup>20</sup>.

Für die weitere Ausbreitung der KK über die Arbeitervororte hinaus wurde vor allem ein KK in Botnang wichtig, in dem drei Kommunisten die führende Rolle spielten. Einer von ihnen war der frühere Redakteur der KP-Parteizeitung, Otto Lämmle, der bereits in den vergangenen Monaten Flugblätter mit der Unterschrift „Nationalkomitees Freies Deutschland, Sektion Stuttgart“ gedruckt hatte. Nach der Besetzung zeichnete er für ein Flugblatt des KK verantwortlich „An die Einwohnerschaft von Stuttgart Botnang“, das später vor allem unter dem Titel „An die Einwohnerschaft von Groß-Stuttgart“ verbreitet wurde und stellenweise wörtlich den NKFD-Aufruf zur Verhinderung von Werwolf-Sabotage wiederholte<sup>21</sup>. Während sich das NKFD aber als aus „Christen und Sozialisten, Demokraten und Kommunisten, Gewerbetreibenden und Wissenschaftlern“ zusammengesetzt vorstellte und mit dem Ruf endete: „Es lebe ein freies, glückliches Deutschland!“, waren die Formeln des KK nuancenreich aktualisiert und um Losungen vermehrt wie „gegen das wirtschaftliche Chaos und gegen das wachsende soziale Elend, für

<sup>20</sup> In Zuffenhausen standen neben Schuler ein Schriftsteller und ein Metallarbeiter (beide KPD) drei Arbeiter (SPD), ein Arbeiter (Zentrum), ein Bauer (Bauernbund), ein Bauunternehmer und ein Schreinermeister (DDP) sowie ein Arzt und ein TH-Professor (parteilos). In Untertürkheim führte ein Architekt (später KPD) und der spätere Stuttg. Ortskartellvorsitzende des ADGB (früher KPD-Funktionär, seit 1926 SPD und bis 1933 hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär). Die restlichen Mitglieder waren überwiegend Arbeiter aus der SPD (2 führende Betriebsräte bei Daimler-Benz), die zur Hälfte NS-Opfer (KZ, Zuchthaus, Todesurteil in Abwesenheit) waren. In Cannstatt ergriffen zwei frühere SPD-Funktionäre (Stadtrat, Bezirksleiter) die Initiative und rekrutierten innerhalb kürzester Zeit ca. 40 Hilfspolizisten. Anfang Mai wird das damals offenbar gerade umgebildete Komitee mit folgender Zusammensetzung gemeldet: 5 SPD (darunter der Betriebsratsvorsitzende von Daimler-Benz), 3 KPD, 3 Zentrum, ein DDP, ein Arbeitersportler und 2 Fabrikanten. In Feuerbach konstituierten sich frühere lokale Gemeinderäte als ‚Verbindungsmänner‘: 2 SPD (Geschäftsleiter, Schlosser), ein KPD (Mechaniker), ein KPO (Dreher), ein parteiloser Arbeitersportler und KZ-Häftling (Modellschreiner); später wurde der Ausschuss um heimgekehrte KZ-Häftlinge und einige Bürgerliche erweitert. In Stammheim führten drei KZ-Häftlinge, vor allem ein Schlosser und früherer SPD-Stadtrat sowie ein Bauer (SPD) und ein Schreiner (KPD). In Münster hatte die Leitung ein Ingenieur, der wahrscheinlich wie die meisten sonstigen Mitglieder, die außer einem Gemüsehändler Arbeiter waren, zu den Kommunisten gehörte. In Botnang bestand die früheste Gruppe aus einem Angestellten und früheren Stadtrat, einem Parteizeitungsredakteur und einem Techniker und früheren KJVD-Funktionär (alle KPD) sowie einem Lehrer (früher Jungsozialistenführer), einem Arzt (SPD) und weiteren, wohl parteilosen Angehörigen freier Berufe.

<sup>21</sup> Faksimileabdruck des NKFD-Flugblatts bei Bohn, a. a. O., S. 205. Es wird hier und in der in Anm. 14 erwähnten Broschüre der DKP-Stuttgart (S. 17) mit einer 1943/44 verhafteten und ermordeten Gruppe in Verbindung gebracht, kann aber nach seinem Inhalt erst seit dem Winter 1944/45 entstanden sein. Da es offensichtlich auf derselben Presse wie Lämmles KK-Aufruf hergestellt und stellenweise wörtlich identisch ist, ist es eher der Botnanger Gruppe zuzuordnen. Die Flugblätter „An die Einwohnerschaft . . .“ in StAS 0051-1, Bl. 4 und Anl. zu Bl. 15.

die Sicherung der Volksernährung und für alle sozialen Forderungen“. Das KK setzte sich nun aus „Sozialisten und Kommunisten, aus Demokraten und Christen, aus Gewerbetreibenden und Angehörigen der Freien Berufe“ zusammen und rief: „Es lebe ein demokratisches, sozialistisches Deutschland!“ Dies läßt erkennen, daß der Autor in die volksdemokratische Strategie nicht eingeweiht war.

Die Botnanger Gruppe aktivierte nun alte KP-Verbindungen, um in anderen Stadtteilen, die bis Ende April noch keine eigene Initiative hervorgebracht hatten, KKs zu initiieren, die bestehenden zu koordinieren und der Bewegung eine Zentrale und eine Perspektive zu geben. Unter Lämmles Leitung fand am 28. 4. in Botnang eine Kaderbesprechung statt, deren Teilnehmer aus verschiedenen Stadtteilen kamen. Z. B. ein ehemaliger KP-Gemeinderat und Schreinermeister aus Vaihingen ganz im Südwesten Stuttgarts, der bereits am nächsten Tag dort ein KK zusammentrommelte, das aus KPD, SPD und DDP paritätisch zusammengesetzt werden sollte, aber, da es nicht gelang, unbelastete Demokraten aufzutreiben, ein sozialdemokratisches Übergewicht erhielt und einen SPD-Ortsbürgermeister stellte. Oder ein Monteur aus Wangen im äußersten Süd-Osten, der sich von da an als „Spitze für die Neckarvororte im Zentralkomitee gegen den Nationalsozialismus“ vorstellte. Er wiederum gewann z. B. am nächsten Tag einen Kabelmonteur (früher Rote Hilfe) dafür, in verschiedenen städtischen Werken Betriebsversammlungen abzuhalten, den KK-Aufruf vorzulesen und Betriebsräte ein- bzw. NS-Betriebsobleute abzusetzen<sup>22</sup>.

Das ‚Zentralkomitee‘, das wenige Tage später auch eine zentrale Geschäftsstelle einrichten wollte, hat wohl die Bildung von KKs auch in den übrigen südlichen Vororten und den meisten innerstädtischen Quartieren initiieren können. Schon nach einer Woche konnte Lämmle mit einigem Recht feststellen: „Heute sind sämtliche Stadtbezirke von der Komitee-Bewegung erfaßt“, nachdem die ersten Pionierausschüsse „Verbindung mit den noch unentschlossenen oder eine Verbindung suchenden Bezirken“ aufgenommen und „diesen Genossen mit den von ihnen gemachten Erfahrungen“ geholfen hätten. Der Polizeipräsident bestätigte später: „Bereits Anfang Mai 1945 waren in sämtlichen Stadtbezirken Kampfkomitees gebildet.“ Spärliche Nachrichten deuten darauf hin, daß bei den sekundär gebildeten KKs das paritätische Modell meist nicht zum Tragen kam, das den Vaihingern ans Herz gelegt worden war. In den Fildervororten mußten z. T. einige Linke ‚importiert‘ werden, damit überhaupt mit ein paar bürgerlichen Einheimischen zusammen ein KK zustande kam, wobei meist an noch junge Gemeinderatstraditionen angeknüpft wurde. In den innerstädtischen Bezirken ohne eigene Repräsentativinstitutionen auf Stadtteilebene blieben die KKs jedoch überwiegend auf frühere KP-Verbindungen zuzüglich diverser Einzelpersonen (z. B. eines früheren MdR

<sup>22</sup> In den Neckar-Vororten scheinen bei dieser Kommunikation im Schneeballsystem, die sich auch in Hedelfingen und in Untertürkheim feststellen läßt, vor allem frühere Rotfrontkämpfer-Verbindungen eine Rolle gespielt haben. Der RFB war z. T. seit 1929 in „Antifaschistischer Kampfbund“ umbenannt worden. Hier erscheinen als Namen der KK mehrfach Ausdrücke wie ‚Kampfbund‘, ‚Antifa-Bund‘.

des Zentrums) beschränkt, wobei es – wie in Kaltental – zuweilen das Mißtrauen alter Sozialdemokraten weckte, daß im Komitee vor allem „Rei'g'schmeckte“ auftraten, über deren Verhalten vor dem Krieg man nichts wußte.

Am 1. 5. trafen sich die führenden Leute des ZK erneut, um ein Aktionsprogramm vorzubereiten. Jedenfalls wurden Unterlagen wie Lämmles Flugblatt ausgegeben, Ausweise für die KK-Mitglieder vorbereitet und die für den nächsten Tag anberaumte Sitzung von Vertretern der KKs aller Stadtteile vorbesprochen. Diese hat auch stattgefunden und soll „eine erfreuliche Kampf Stimmung und Aktivität“ der frühesten KKs gezeigt haben.

Schon in den ersten Maitagen war die Komitee-Bewegung in Stuttgart mithin in vollem Gang. Teils aus der Initiative von Alt-Funktionären der Arbeiterbewegung in den einzelnen Stadtteilen entsprungen, teils durch die Steuerung einer KP-Zelle ergänzt, war sie stadtweit geworden. Es fehlte jedoch bisher an einem gemeinsamen Selbstverständnis und Aktionsprogramm wie auch an einer artikulierten politischen Perspektive der KKs. Das ZK wollte auch diese Lücke füllen und die Bewegung auf einem radikalen Kurs mit sich fortreißen.

## V

Am Vorabend der Kapitulation des Reiches, dem 7. 5., brachte Lämmle die erste – und einzige – Nummer eines „Mitteilungsblatts des Kampfkomitees gegen den Nationalsozialismus“ heraus: „Der Stuttgarter Aufbau“. Er enthielt ein Aktionsprogramm in der Form eines Aufrufs „Ausrottung des Nationalsozialismus mit Stumpf und Stiel“ und einen Programmartikel „Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus“<sup>23</sup>. Die Perspektive, die dieser Artikel aufriß, knüpfte im Sprachgebrauch, in der theoretischen Verortung des NS und in der Taktik der Einheitsfront von unten an die ultralinke Tradition der KPD von 1933 an, als hätte es Volksfrontpolitik und NKFD nie gegeben – eine Haltung, die 1941–43 auch für verschiedene prominente Kommunisten in der inneren Opposition wie Schumann, Lechleitner und Bästlein nachweisbar ist und die ein Jahr zuvor selbst die ‚operative Leitung‘ der KPD im Reich zur Transformation der NKFD-Taktik in eine ‚räterevolutionäre Strategie‘ veranlaßt hatte<sup>24</sup>. Nach Lämmle war der NS „der letzte Versuch der deutschen Kapitalisten und Imperialisten, mit dem Betrugsmanöver des Hitler'schen ‚Sozialismus‘, verbunden mit einer blutigen Diktatur und mit

<sup>23</sup> StAS 0051–1, Anl. zu Bl. 15 (4 S.). Die Verbreitung des „Stuttgarter Aufbau“ war gering, da der Druck auf eine Denunziation aus den Kreisen alter ADGB-Funktionäre hin bei 8000 Exemplaren gestoppt und der größte Teil eingezogen wurde. Der Rest wurde offenbar illegal als Kadermaterial verteilt.

<sup>24</sup> Vgl. Niethammer, Entnazifizierung, a. a. O., S. 112–4. Überregionale Verbindungen gab es jedoch im inneren KP-Widerstand zumindest in Stuttgart in den letzten Kriegsjahren nicht mehr. Nach Auskünften Beteiligter waren propagandistische Rundfunksendungen die einzige Informationsquelle über die politische Linie der Führung.

Hilfe eines Raubkrieges ihre tödliche Krise zu überwinden und ihre Ausbeuterherrschaft zu erhalten“. Im Vergleich damit sei „die Komödie mit dem ‚Sozialismus‘ der Nachkriegszeit . . . eine Stümperei“ gewesen, ja der Artikel wurde noch etwas deutlicher gegen ‚rechte Führer‘: „Ein Teil der Arbeiterführerschaft zog den Nationalsozialismus dem konsequenten, unerbittlichen und revolutionären Kampf um die Macht und um den Sozialismus vor.“ Entsprechend intransigent war auch die Haltung gegenüber den Alliierten – die westlichen wurden nicht erwähnt und gingen unter in der Formel: „Hitlers Wahn von der Weltherrschaft wurde grausam und endgültig zerschlagen von der Roten Armee der Sowjet-Union und ihren Verbündeten. Die Kraft der revolutionären Idee, verkörpert durch das tapfere russische Volk, organisiert und geführt von seiner kommunistischen Partei, trug den Sieg davon über die soziale Reaktion, verkörpert durch die kapitalistisch-faschistische Nazidiktatur.“ Damit stelle sich den Deutschen die Alternative: „Entweder zu kämpfen für eine neue, bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung – für den Sozialismus – oder unterzugehen in der jegliche Kultur zerstörenden und den Bestand der Nation gefährdenden kapitalistischen Barbarei.“ Erst vor diesem Hintergrund gewannen die antifaschistischen Allerweltsformeln der „Plattform“, nämlich daß eine „Einheitsfront des unerbittlichen, konsequenten und kompromißlosen Kampfes zur Ausrottung des Nationalsozialismus in allen seinen Erscheinungsformen“ aus den „ehrliehen Nazigegnern aus allen Schichten des Volkes und der früheren Parteien“ gebildet werden sollte, ihre Bedeutung: die NS-Gegner sollten unmittelbar in die Revolutionierung des kapitalistischen Systems fortgerissen werden. Die Kernlösung ließ insofern auch alle Umschweife beiseite: „Gegen ein historisch überlebtes Wirtschaftssystem, für einen planmäßigen sozialistischen Wiederaufbau.“

Das Aktionsprogramm für diesen „wahren demokratischen Sozialismus“ war freilich ein pragmatisches, gegen den Nationalsozialismus im engeren Sinne gerichtetes Sicherungs-, Säuberungs- und Aufbauprogramm, das im wesentlichen nur beschrieb, was gerade auch die frühen, eher sozialdemokratisch dominierten Ausschüsse getan hatten. Deren Perspektive war begrenzter, dadurch aber auch eher als Plattform für weitere Kreise geeignet. In den folgenden Tagen – vielleicht sogar als Reaktion auf Lämmles Vorpreschen mit dem „Stuttgarter Aufbau“ – brachten auch die KKs in Cannstatt und Zuffenhausen kleine Blätter heraus<sup>25</sup>. Hier wird der NS beschrieben als ein „System unbotmäßiger Arroganz und Niedertracht, eine Welt, in einem Bierkeller entstanden, welche sich die völlige Ausrottung ureigenster Menschenrechte zum Ziele gesetzt hatte“. Die Kriegsursache wurde systemimmanent erklärt: „Als Folge der Ankurbelung einer gigantischen Rüstungsindustrie wurde eine Scheinkonjunktur hervorgerufen . . . Panzer, Kanonen und Flugzeuge können nicht ins Uferlose gebaut werden, einmal mußten sie

<sup>25</sup> Die ‚Cannstatter Zeitung‘ konnte nicht mehr aufgefunden werden. Das ‚Mitteilungsblatt für Stuttgart-Zuffenhausen, Zazenhausen, Stammheim‘, Nr. 1 v. 8. 5. 1945 (2 S.) wurde offenbar ungehindert verbreitet und findet sich an mehreren Fundorten. Hier nach einem Exemplar im Mat. Gottfurcht.

zum Einsatz kommen, wenn nicht abermals eine Arbeitslosigkeit riskiert werden sollte.“ Dem aus dem von den Nazis angezettelten Krieg resultierenden „Chaos und Untergang . . . Einhalt zu gebieten . . . , kann nicht einzelnen Parteien überlassen bleiben“; vielmehr sei dazu das KK als „Dachorganisation . . . aus bewährten Antifaschisten aus allen Schichten und Berufen“ notwendig. Das Ziel – ein „neues, von Nazi-Herrschaft und Militarismus befreites Deutschland“ – ließ der Zuffenhauser Aufruf im Grunde offen. Hinter der verwaschenen Phraseologie standen aber auch hier weitere Perspektiven. Im Rückblick meinte Emil Schuler 1946, über Säuberung und Gewährleistung einer „elementaren Allgemeinordnung“ hinaus hätten die KKs politische Aufgaben und auch Absichten gehabt, nämlich als „Exekutivorgan der antifaschistischen Volksmassen zu wirken“. Im Gegensatz zu den „alten parlamentarischen Formen“ hätten sie in dem „schmalen Sektor eigener Souveränität . . . die Urform einer neuen demokratischen Ordnung“ entwickeln wollen, „in der sowohl die gesetzgeberische als auch die vollziehende Gewalt in einer Hand vereinigt“ gewesen wäre<sup>26</sup>. Darin könnten auch Emigrationseinflüsse bestärkend gewirkt haben, waren doch Schuler und andere Sozialdemokraten in den Ausschüssen schon wenige Tage nach der Besetzung mit dem aus London nach Stuttgart entsandten ISK-Funktionär Fritz Eberhardt in enger Verbindung, dessen Kreis genau diese Konzeption örtlicher Räte und autoritärer Demokratie für die sozialistische Gesellschaftsumgestaltung im Umbruch projiziert hatte<sup>27</sup>. Es mag deshalb sein, daß trotz erheblicher konzeptioneller Differenzen die KP-Linkssektierer im ‚Zentralkomitee‘ und die SPD-Aktivisten in Vorortausschüssen auch in der Perspektive – Transformation der spontanen Selbsthilfe in örtliche Räte – mehr Kooperationsmöglichkeiten hatten als beide mit ihren jeweiligen späteren Parteispitzen. In der praktischen Arbeit läßt sich jedenfalls eine weitgehende Einheitlichkeit der KK in Zielen und Methoden feststellen. Beispiele aus den Akten sollen sie anschaulicher machen.

Den Hauptstoß führten die KKs gegen die Nazis. Um Werwolf und andere Sabotage zu verhindern und „um die Ausbreitung des Chaos aufzuhalten, muß schnell die starke ordnende Hand aller aktiven energischen Antifaschisten durchgreifen“, hatte es im Aktionsprogramm des ZK geheißen. Jedenfalls wurde die Feststellung und Verhaftung berüchtigter Nazis überall als vordringliche Aufgabe angesehen. Bevor man die Gefangenen an das Polizeipräsidium auslieferte, wurden sie genau vernommen, damit ihre Fälle nicht vertuscht werden konnten. Neben dem Sicherheitsaspekt gab es den Gesichtspunkt einer Kollektivhaftung der Pgs für Kriegsschäden und Wiedergutmachung sowie die Absicht, einflußreiche Positionen für Antifaschisten freizumachen. Dagegen wurde in der bloßen NSDAP-Mitglied-

<sup>26</sup> Vietzen, a. a. O., S. 147. Hans Schneider berichtete im Gespräch, daß Doppelherrschaftsmodelle auch unter den Kommunisten im ZK um Hilsenbeck diskutiert worden seien. Die drängenden praktischen Fragen hätten jedoch strategische Erwägungen verdrängt.

<sup>27</sup> Vgl. Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien, Hannover 1968, S. 269 f. Für die enge Verbindung Eberhards zu Schuler vgl. Eberhard-Berichte a. a. O.

schaft oder einer unbedeutenden Funktionärstätigkeit kein über die Haftung hinausgehendes strafwürdiges Verhalten gesehen – in mehr als einem KK saß auch der eine oder andere ‚formale‘ Pg. Man fragte nicht nur nach Rängen, sondern nach Leumund und Verhalten.

Unmittelbare Kenntnis aus nachbarschaftlicher Erfahrung wurde durch die Akten der sogleich besetzten NSDAP-Geschäftsstellen erweitert und dann im Schneeballsystem systematisiert. In Zuffenhausen vernahm die „politische Abteilung“ der Hilfspolizei die NS-Funktionäre einzeln und sagte ihnen: „Sie sind schwer belastet. Es wird ein mildernder Umstand sein, wenn Sie uns . . . eine Mitgliederliste liefern, die Funktionäre beschreiben und deren Verhalten. Die Beurteilung Ihres eigenen Falls wird davon mitabhängen, ob Fehler in Ihren Aufzeichnungen enthalten sind. Denn dann wäre klar, daß Sie nicht umlernen wollen.“ Der Bericht fährt fort: „Die Nazis haben sich daraufhin sehr angestrengt im gegenseitigen Denunzieren! Sie haben auch Schweinereien aufgedeckt, die den Antinazis noch nicht bekannt waren.“ Daraus entstand dann eine politisch qualifizierte Einwohnerkartei, so daß man „die Harmlosen ausscheiden und diejenigen zur Arbeit heranziehen (konnte), die es verdienen“. Dieses Verfahren war das übliche. Daneben wurde Umerziehung ohne Opportunismus angestrebt. Charakteristisch ist wieder ein Beispiel aus Zuffenhausen: der am 1. 5. 45 auf dem Rathausplatz einberufene ‚Arbeitsappell‘. Schuler „forderte am Schluß seiner Ansprache, alle Nazis sollten vortreten. Sie taten das, und sie standen in Reih und Glied, dabei auch Leute, die als Nazis nicht bekannt waren. Der französische Kommandant sprach davon, daß durch die Einigkeit der Demokraten die Tyrannei überwunden werde, und zu den angetretenen Nazis gewandt – die schlimmsten saßen hinter Schloß und Riegel –, auch sie würden vielleicht noch einmal gute Demokraten werden: er erkenne es an, daß sie den Mut aufgebracht hätten, sich offen zu bekennen, darum sollten auch sie an diesem 1. Mai nicht arbeiten. Bei der Aufforderung zum Auseinandergehen wurde ausdrücklich gesagt: In den Nebenstraßen könnt Ihr diskutieren“. Vier bis fünf Wochen dauerte der Pg-Einsatz im Durchschnitt; darüber hinaus hatten die Pgs jedes zweite Wochenende zu schippen, bis sich die Kirchen im Frühjahr 1946 mit dem Argument durchsetzten, dies sei eine Entweihung des Sonntags.

Jenseits von Nazi-Kontrolle und Trümmerbeseitigung begann erst die positive Aufgabe der KKs, antifaschistisches Personal zur Besetzung der Behörden und zur Organisation der Selbsthilfe auf dem Ernährungs- und Wohnungssektor zu mobilisieren. In Untertürkheim war es die erste Sorge des KK, ein halb ausgeplündertes Lebensmittellager zu sichern und die Beute zurückzubringen. Allgemein wurde versucht, die Bestände des Handels zu erfassen und die Rationierung durchzusetzen, um den schwarzen Markt auszuschalten. In Sillenbuch und Wangen haben die KKs Land zum Anbau von Kartoffeln urbar gemacht, in Münster und Weil im Dorf Setzlinge für privaten Anbau beschafft und verteilt, in Cannstatt in verschiedenen Gaststätten eine Notverpflegung der Bevölkerung organisiert. KKs fuhren auch selbst mit Lastwagen aufs Land, um durch Tauschgeschäfte die Milch-, Fleisch- und Gemüseversorgung wieder in Gang zu bringen. In Kaltental wurde

ein Mütterberatungsdienst eingerichtet, in Zuffenhausen von einem Arzt im KK ein Hilfskrankenhaus. In verschiedenen Stadtteilen wurden die Stämme aus den Luftschutzstollen ausgebaut, um als Bau- und Brennholz zu dienen; Trümmerberge und nahe Wälder wurden nach Brennmaterial abgesucht, später wurde auch Holz eingeschlagen. Das KK Ostheim durchforschte herrenlose Gebäude nach Kohlenvorräten für die dortige Großbäckerei.

Es wurde hier nur eine Auswahl solcher Tätigkeiten der KKs erwähnt, die schon im ersten Besatzungsmonat einen Niederschlag in einer lückenhaften schriftlichen Überlieferung Außenstehender hinterlassen haben<sup>28</sup>: Beispiele für das, was in fast allen Vororten geschah. Die Improvisationen machten Schule. Die Besprechungen bei der Zentrale der KKs, aber auch zwischen den Ortsbürgermeistern führten zum Austausch von Erfahrungen und zur Zusammenarbeit. Eine Alarmmeldung des Chefs der Restverwaltung Könekamp für Klett vom 10. 5. über „eigenmächtiges Vorgehen und eigenmächtige Anordnung des Kampfbundes in reinen Angelegenheiten der Stadtverwaltung“ bringt vielleicht am besten die frühe Wirksamkeit der KKs zum Ausdruck: „Vertreter des Kampfbundes amten schon verschiedentlich in unseren Rathäusern, geben sich als Bürgermeister aus und lassen von sich aus Bekanntmachungen an die Bevölkerung ausschellen, beschlagnahmen und besetzen Wohnungen, setzen Lebensmittelrationen fest, beschlagnahmen Lebensmittelvorräte in den Kellern evakuierter Leute, lassen Holz in den Wäldern schlagen, lassen Leute zum Arbeiten antreten . . . Vom Kampfbund sind eigene Hilfspolizisten aufgestellt.“ Dies war nicht von der Angst übertrieben. Vielmehr kam das Organisationsamt der Stadt am 19. 7. 1946 nach einer eingehenden Rundfrage bei allen städtischen Behörden und Geschäftsstellen<sup>29</sup> im Rückblick zu dem noch präziseren Ergebnis: „Nach dem Zusammenbruch und in der ersten Zeit der militärischen Besetzung lag die Exekutive praktisch in den Händen der Arbeitsausschüsse, die sich, mit Billigung und Unterstützung der Besatzungsmacht, vor allem in Namhaftmachung und Festsetzung ehemaliger Pg's, bei der Exmittierung und in der Heranziehung ehemaliger Pg's zu öffentlichen Arbeiten, wie Schlagen und Aufbereiten von Brennholz, Freimachung der Straßen von Trümmern, wie überhaupt auf den Gebieten erfolgreich betätigten, die politisch und für die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Bevölkerung vordringlich erschienen.“

Diese Leistungsbilanz war zwar nur möglich, weil die Initiative der KK-Aktiven nicht isoliert blieb, sondern die Mitarbeit breiter Bevölkerungsschichten fand und auf geringe Gegenkräfte im einzelnen Wohnbezirk stieß. Gleichwohl blieb die eigentliche Selbsthilfe deutlich hinter antifaschistischen Kontrollaufgaben zurück. Der Einsatz von Nazi-Arbeit und Besitz konnte aber nur vorübergehend die gesellschaftlichen Probleme lösen; angesichts der begrenzten Leistungsfähigkeit ge-

<sup>28</sup> Belege und Beispiele, die sich vielfach vermehren ließen, ebda. sowie StAS 0051-1; 0563-1; Beiakte zu 0434-1 Nr. 1 Bl. 24 sowie 0434-1 Nr. 4.

<sup>29</sup> Rundfrage in StAS Beiakte zu 0434-1 Nr. 1 Bl. 24. Darin Zit. aus dem Untersuchungsergebnis, das mitgeteilt ist in Rundverfügung Klett an Referenten v. 19. 7. 1946 betr. Arbeitsausschüsse (Bl. 58).

nossenschaftlicher Spontaneität in dieser Lage konnte die politische Perspektive nur im Aufbau politischer Organe bestehen, die weitere Selbsthilfe koordinieren und den Aufbau von Produktion und Verwaltung kontrollieren konnten. Die hierfür notwendige politische Propaganda blieb jedoch durch das Verbot der Besatzungsmacht in den Ansätzen stecken. Im ganzen war das eigentliche Medium der KKs ihre Arbeit selbst, die in einer Phase weitgehender Orientierungslosigkeit ein Beispiel setzte und die Zustimmung der von ihr Profitierenden rekrutierte. Solche Propaganda der Tat blieb aber auf den eigenen Kontrollbereich beschränkt und konnte nicht erreichen, daß aus der ‚Komitee-Bewegung‘ eine Bewegung der gesamtstädtischen Bevölkerung wurde.

## VI

Die Komitees hatten Gegner und auch diese waren von Anfang an aktiv. Zunächst gab es Differenzen in der Arbeiterbewegung selbst. Schon in der ersten Woche trafen sich ADGB-Veteranen, die sogleich an die Reetablierung einer Gewerkschaftspitze unter Markus Schleicher gingen. Sie nahmen zunächst Verbindung mit Klett und dem französischen Kommandeur auf und boten ihre Hilfe bei der Inangansetzung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens an. Sie wollten die Arbeits- und Sozialversicherungsverwaltung in ihre Hand bekommen und, dadurch abgesichert, Führungskader der Gewerkschaften organisieren, wobei sie von Leuschners Konzeption ausgingen, mit dem sie teils direkt, teils über Goerdeler und den Bosch-Kreis in Verbindung gestanden hatten: Transformation der DAF – unter Übernahme ihres Vermögens, Zwangsmitgliedschaft, Kassierung der Beiträge durch den Unternehmer und Industrieverbandsprinzip (Einheitsgewerkschaft mit Fachgruppen) – in eine auf Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft orientierte Gewerkschaft. Ihre erste Sorge galt der Schaffung einer vorstandskonformen Betriebsbasis, um den traditionellen Konflikt mit den Betriebsräten von vornherein auszuschalten. „Die erste Vollmacht, die sich unsere provisorische Gewerkschaftsleitung von den französischen Militärbehörden (am 2. 5. 45) geben ließ, war die Ernennung gewerkschaftlicher Betriebsvertretungen.“<sup>30</sup>

Im ‚Zentralkomitee‘ ging man jedoch nicht von Leuschners Konzept der ‚Deutschen Gewerkschaft‘ aus, sondern nahm die Aachener FDGB-Gründung einer freiwilligen ‚Eintopf-gewerkschaft‘ zum Vorbild. Hier fühlte man sich ebenso berechtigt zur Einsetzung von Betriebsräten (gewählt wurde, nebenbei, weder hier noch dort). Gewerkschaftliche Verantwortung für die Produktion implizierte hier, daß Selbsthilfe betont und die Möglichkeit der Betriebsübernahme offen gelassen

<sup>30</sup> Bericht der provisorischen Gewerkschaftsleitungen über den Aufbau der Württembergischen und Badischen Gewerkschaften vom Mai 1945 bis August 1946 (Stuttgart 1946), S. 21 vgl. auch S. 6 ff. (DGB-Archiv, Gewerkschaftsbund Baden-Württemberg 1946–1949). Vgl. Jürgen Klein, a. a. O., S. 206 ff.; Vietzen, a. a. O., S. 128 ff. und OMGUS Spec. Rep. v. 15. 4. 1946 „Labor Organization in the US-Zone (Germany)“, S. 3 ff.

wurde. Ein KK-Vertreter setzte in den Technischen Werken der Stadt von sich aus die Arbeitszeit auf acht Stunden fest, ließ das Gebäude nach Waffen absuchen, eine Liste der Pgs mit konkreten Einzelbeschuldigungen aufstellen, setzte den NS-Betriebsobmann ab, wollte den Mittagstisch wieder in Gang bringen, sparte vorerst das Thema der Beziehungen zur Betriebsleitung aus und wollte zunächst einmal die Status-Hierarchie im Betrieb mit der allgemeinen Anrede „Kamerad“ ein-ebnen. Es gelte, mit ganzer Kraft – und dabei müßten auch ehemalige Pgs bis auf weiteres auf ihrem Posten bleiben – „im Kampf gegen den Faschismus . . . am Auf-bau eines freien demokratischen und sozialistischen Deutschlands mitzuarbeiten“<sup>31</sup>. Zum Vergleich sei der Aufruf des gewerkschaftlichen Obmanns bei AEG in Bad Cannstatt herangezogen, der das Modell für andere Unternehmen gewesen sein soll, in denen das „Funktionärs-Gerippe der Gewerkschaften in den Betrieben ver-ankert“ (Eberhardt) war. In ihm ist noch mehr von „Schicksalsgemeinschaft“ und „wirklicher Betriebs-Kameradschaft“, von der Entfernung „unsauberer Elemente“ und dem „großen Ziel: Aufbau unserer Arbeitsstätte“ die Rede. Aber trotz auf-wendigerer Rhetorik war die Perspektive systemimmanent beschränkt. Das wird schon bei einer Zusammenfassung der Schlüsselbegriffe deutlich: Es müßten alle, „ob Hand- oder Kopfarbeiter“, als „wirkliche, ehrliche Kameraden“ alles dranset-zen, „daß wir bald wieder geordnete Verhältnisse und ein geregeltes Wirtschaft-leben bekommen“. Am „Wiederaufbau“ der Fabriken „unseres AEG-Konzerns“ wollte der Betriebsrat „gemeinsam mit der Betriebsleitung . . . mithelfen“<sup>32</sup>. In der betrieblichen Praxis waren indessen die Obertöne nicht so hörbar. Die Betriebsräte – in der Metallindustrie etwa gleich viele SPD- und KPD-Mitglieder und fast alle über 40 Jahre alt – arbeiteten einträchtig zusammen. Eberhardt fand auf dieser Ebene „zur Zeit keinerlei Parteienstreit“. Führungskonkurrenz und konzeptionelle Differenz bestimmten die ADGB-Führer jedoch zu einer scharf ablehnenden Hal-tung gegenüber den KKs. Schon in der ersten Besprechung mit dem OB am 4. 5. hatte Schleicher versichert, „daß sie die Ausdehnung der Kommunisten von vorn-herin eindämmen wollten“. Eine Woche später wurden sie bei Könekamp gegen die KKs vorstellig, um die Stadt zum Eingreifen zu veranlassen, wobei sie „ener-gisches Vorgehen wünschten“. Später schworen sie auch die Unternehmerorgani-

<sup>31</sup> Versammlungsniederschrift und polizeiliche Vernehmung d. Karl Brehm v. 4. 5. 1945 (StAS 0051-1 Bl. 7 f.). Darin wird ausdrücklich auf den FDGB-Aachen Bezug genommen. Vgl. zu diesem, Klein, a. a. O., S. 165 ff.

<sup>32</sup> Abschrift von Anschlag am schwarzen Brett v. 28. 4. 45, übermittelt von Eberhard am 4. 6. 1945 (Mat. Gottfurcht). In der Praxis läßt sich jedoch keine eindeutige Scheidelinie ziehen: die Leiter des am 2. 5. gebildeten Betriebsrats von Daimler-Benz waren Sozialdemokraten und KK-Mitglieder in Cannstatt bzw. Untertürkheim; die kommunistischen Initiatoren des Bosch-Betriebsrats in Feuerbach sind jedoch nicht unter den dortigen KK-Führern. Im ganzen war die KP in der Metallbranche auf Betriebsebene sehr stark, zumal frühere KPO-Anhänger zurückgekehrt waren; ein RGO-Führer wurde IGM-Ortsvorsitzender. Zur Betriebspolitik der KP vgl. aus KPO-Sicht leider mit zahlreichen fragwürdigen Angaben Til-man Fichter/Eugen Eberle (Hrsg.), Kampf um Bosch, Berlin (West) 1974, S. 11 ff., 26 f., 84 ff.

sation darauf ein, nur mit ihren Betriebsräten und nicht mit den Ausschüssen zu verhandeln<sup>33</sup>.

Die kaum unterbrochene Kontinuität unternehmerischer Selbstverwaltung im Stuttgarter Raum umfaßte praktisch alle bedeutenden Unternehmen im Dreieck Ludwigsburg, Eßlingen, Sindelfingen, vertreten durch ihre Direktoren oder Eigentümer. Die Organisation dieses auf Betreiben des Bosch-Managements, das Goerdeler finanziert hatte, am 30. 4. gegründeten „Vorläufigen Württembergischen Wirtschaftsrats“ entsprach Speers Reformen, mit Fachausschüssen und -unterausschüssen, die in einem Hauptausschuß repräsentiert waren. Der VWW wollte die im Faschismus durchgesetzte Eigenverwaltung der Wirtschaft durch die Unternehmer bewahren und sich als antifaschistisch erweisen, indem er die Reste von Staatskontrolle abschüttelte. So lehnte er z. B. die Integration in die Industrie- und Handelskammer ab, weil er von deren semi-öffentlichen Charakter staatliche Einflußnahmen fürchtete. „Mit dem Abzug der Spitzenorgane des Regimes war die Wirtschaft den NS-Dirigismus los. Dafür tauschte sie ein Vakuum ein.“ In dieser Lage galten die ersten Sorgen der Unternehmer ihrer persönlichen Sicherheit und ihrem Geld. Sie mußten sich durch eine möglichst von der Militärregierung geförderte Organisation einen offiziellen Anstrich geben, um durch Mitgliedsausweise und entsprechende Passierscheine auf den Straßen vor Verhaftungen durch KKs oder DPs immun zu werden. In den Worten der Chronik des VWW: „Das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen . . . war aber aufs äußerste erschwert schon dadurch, daß sich selbst Persönlichkeiten, deren Rat und Mithilfe man bedurfte, wegen der allgemeinen Unsicherheit nicht auf die Straße wagen konnten. Sie liefen Gefahr, verhaftet oder zum Schippen gezwungen zu werden.“<sup>34</sup>

Zweitens gab es kaum ein Unternehmen, das nicht bis vor wenigen Tagen hauptsächlich für die Rüstung produziert hätte. Nun saßen sie auf einer Fülle spezialisierter Fertigungseinrichtungen und Halbfertigfabrikate. Deshalb sollte die öffentliche Hand durch Sozialisierung dieser wie auch der Bomben- und Plünderungsverluste und durch ein allgemeines Zahlungsmoratorium, das nur die lohnintensiven Kleinbetriebe vernichtete, die Konkurse der Großen verhindern. Eine Kontrolle der KKs über die Stadtverwaltung hätte diese Absicht zunichte gemacht. Auf der anderen Seite hatten die Belegschaftsziffern der Rüstungsindustrie stark expandiert, während nur noch wenige Arbeiter jetzt unmittelbar in der Produktion beschäftigt werden konnten. Nach fortbestehendem NS-Recht war zwar die öffentliche Arbeitslosenversicherung zum Unterhalt der Arbeiter bei Kurzarbeit und anderen kriegsbedingten Erwerbsausfällen verpflichtet. Die Unternehmen mußten diese Beträge aber bevorschussen. Das Stuttgarter Arbeitsamt – mittlerweile in der Hand von Gewerkschaftern – lehnte jedoch die Rechtsnachfolge ab und legte Mitte Mai der Militärregierung eine Verordnung vor, die alle Arbeitsverhältnisse für

<sup>33</sup> Vietzen, a. a. O., S. 129; Könekamp an Klett v. 10. 5. 1945 (StAS 0051-1, Bl. 16); Otto Dehatin, Der Vorläufige Württembergische Wirtschaftsrat, Stuttgart o. J. (1955), S. 60.

<sup>34</sup> Ebda., S. 17, 15. Zur Tradition des Bosch-Kreises vgl. Kopp, a. a. O., S. 98 ff.

drei Monate mit vollem Lohn weiterführte, die Anrechte der Kriegsteilnehmer schützte und nach Ablauf der Frist das freie Kündigungsrecht den Arbeitern und Angestellten vorbehielt, wohingegen betriebliche Kündigungen der Zustimmung von Ämtern unterlagen, in denen mittlerweile Gewerkschafter das Sagen hatten. Konnte in der Arbeiterbewegung der Druck von unten nicht vermindert und die öffentliche Hand nicht wenigstens neutralisiert werden, so stand den Unternehmern ein Kampf ums ökonomische Überleben ins Haus. Der VWW entwickelte deshalb schon in seiner ersten Sitzung ein Aktionsprogramm, dem seit dem 11. 5. in mehreren Sitzungen des Präsidiums im Not-Rathaus Gehör verschafft wurde: Die antifaschistische Bedrohung erschien hier als ‚schwerstes Hemmnis‘ auf Platz eins<sup>85</sup>.

OB und Polizeichef hatten es zunächst mit einer Zähmungs- und Integrationspolitik versucht. Der gemischten Gesellschaft seiner Ortsbürgermeister versuchte Klett am 3. 5. vor allem beizubringen, daß sie zwar „Personen ihres Vertrauens“ heranziehen, aber „gegenüber weitergehenden Bestrebungen, vor allem auch politischer Art Zurückhaltung“ üben sollten. Dieselbe Linie verfolgte der Polizeipräsident gegenüber den Vertretern der KKs am 9. 5.: die Besatzungsmacht habe Versammlungen und Parteipolitik verboten, weshalb auch die KKs „nicht anerkannt“ werden könnten und Amtshandlungen zu unterlassen hätten, denn: „eine Nebenregierung irgendwelcher Art werde nicht geduldet“. Im gleichen Atemzug bat er aber die KKs um Mitarbeit – in den Vororten hatten sie ja weitgehend die Polizeigewalt – und ließ erkennen, „daß die Kampfkomitees stillschweigend geduldet werden und daß ihre Mitarbeit auf allen Gebieten erwünscht sei“. Mitte Mai aber hatten nicht nur die Vorstellungen der Gewerkschaften und der Unternehmer gegen die KKs der Verwaltung den Rücken gestärkt, sondern es mehrten sich auch Berichte über Amtsanmaßungen der KKs, über tatsächliche oder vermeintliche Korruption; aus bürgerlichen Wohngebieten wurden auch Friktionen mit der Bevölkerung gemeldet. Aus einem Grenzgebiet zwischen einem Arbeiter- und einem Villenviertel protestierte ein ehemaliger Reichsbankdirektor, daß das dortige KK „amtliche Befugnisse ausübt“ und „die städt. Polizeibeamten in Gablenberg . . . bereits Befehle der Funktionäre des Kampfbundes entgegennehmen, weil sie damit rechnen, daß dieser zur Macht kommt“. Daß mit der Polizei das einzige halbwegs intakte Machtinstrument der Verwaltungsspitze nicht nur in den Vororten von den KKs ersetzt, sondern mittlerweile auch im Städtinnern von unten her aufgerollt wurde, erboste Klett besonders. Seinen Polizeipräsidenten Weber (SPD) fuhr er an: „Besonders schlimm“ sei „das Treiben der ‚Antifa‘“ im Westen der Innenstadt. Es

<sup>85</sup> Instruktiv hierzu, wenn auch aus der Perspektive des VWW Debatin, passim. Aktionsprogramm v. 11. 5., a. a. O., S. 20 ff. Es folgten, in Klartext übertragen, folgende Forderungen an die Stadtverwaltung: 2. Kontrolle und Abtransport der ausländischen Zwangsarbeiter („völlig geschwundene Disziplin“). 3. Übernahme der Lohnausfallkosten durch die Stadtkasse. 4. Bezahlung der Ausstände aus der Rüstungsproduktion durch die Stadt. 5. Bevorrechtigte Wiederherstellung des Verkehrs. 6. Erlaß von Richtlinien über die Arbeitswiederaufnahme.

werde berichtet, „die Polizei habe die Macht verloren; die Polizei führe Anordnungen der Antifa aus, nicht umgekehrt“, sowie „daß der Polizeipräsident, also Sie, nicht genügend Stoßkraft gegenüber der Antifa habe, daß er wohl bald von dieser Seite gestürzt werde und daß die Antifa praktisch auch den Polizeipräsidenten in der Hand habe, nicht umgekehrt.“

Weber war bereits zur Machtprobe angetreten. Er berief sich dabei auf die Militärregierung. Es ist jedoch fraglich, ob die Franzosen tatsächlich die KKs verboten haben. Zwar hatten sie Versammlungen, parteipolitische Tätigkeit, Publikationen verboten und die Verwaltung den städtischen Behörden übertragen. Dies hätte aber nicht zu einem allgemeinen Verbot der KKs als solcher Anlaß geben müssen. Da verschiedene KKs eng mit Stellen der Besatzungsmacht zusammenarbeiteten und es Parallelen in anderen Städten der französischen Zone gibt, ist eine solche Ausweitung der spezifischeren Verbote unwahrscheinlich. Der Anstoß kam offenbar von anderer Seite. Unternehmer, Gewerkschaften, Verwaltung in Stuttgart hofften darauf, bald von den Amerikanern „befreit“ zu werden. Am 17. 5. erhielt der OB durch seinen Verbindungsmann zu den Amerikanern Alarmmeldungen: die Chancen der Franzosen, ganz Württemberg auf die Dauer zu übernehmen, stiegen. Auf die KKs angesprochen, habe ein Major der US-Dienststelle gesagt – und Klett unterstrich sich diesen Satz –: „Es ist eine Schande von den Franzosen, daß sie so etwas dulden.“ Wollte man den Amerikanern die ‚Befreiung‘ Stuttgarts schmackhaft machen, so mußte man einschreiten, ohne den Antifaschisten unter den Franzosen Anlaß zu Gegenschlägen zu geben.

Weber versuchte dies in einem Runderlaß an Polizei, Verwaltung und KKs vom 25. 5. 45<sup>36</sup>. In den ersten drei Absätzen stellte er fest, es gebe „noch keine demokratischen Grundrechte“, weshalb „die Gegner des Nationalsozialismus aller Art nicht das Recht (hätten), sich in irgendeiner Vereinsform zusammenzuschließen“. Nur die Behörden der Stadt und der Polizei seien „Inhaber der öffentlichen Gewalt . . . unter Aufsicht der Alliierten Militärregierung“. Diese habe „für den Fall weiterer Zuwiderhandlungen unnachsichtige Verfolgung angekündigt“. Antifakomitees und Kampfausschüsse seien „gesetzwidrig“, ihre Tätigkeit gegenüber Behörden und Privatpersonen sei verboten. „Die Komitees existieren nicht mehr.“ In einem langen vierten Absatz wurden die „sachlich und verantwortungsbewußt eingestellten“ Mitglieder der KKs jedoch in recht verbindlicher Form aufgefordert, als „bloße Privatpersonen“ vor allem durch substantiierte Denunziationen bei der Polizei oder durch andere Anregungen an der „vollständigen Ausmerzung des Nazismus und der Übel, die er hervorgerufen hat“, ohne exekutive Tätigkeit mitzuwirken.

<sup>36</sup> Alles nach StAS 0563–1 Bl. 11 u. 051–1 Bl. 17–42. Nach OSS FIS Nr. 5 (a. a. O.) gehörte die katholische Hierarchie zu den schärfsten Gegnern der Ausschüsse und denunzierte sie bei der Besatzungsmacht als rot und braun zugleich.

## VII

Kaum hatten die Polizeireviere das KK-Verbot am 29. 5. in Händen, da erreichte sie ein Runderlaß des Kommandeurs der Schutzpolizei vom selben Tag, der verschämt feststellte, die Personen, welche die aufgelösten KK gebildet hatten, könnten weiterhin die Geschäftsstellen der NSDAP und ähnliche Räume benutzen, um „sich im kleinen Kreis zur Aussprache über Fragen, die die freiwillige Mitarbeit mit sich bringt, zu treffen“. Diese Personen müßten jedoch erfaßt werden, die teilweise besetzten Polizeiwachen freigeben und dürften sich der Bevölkerung gegenüber nicht als Amtspersonen ausgeben. Damit existierten die KKs wieder, freilich mehr als zuvor im Griff der Verwaltung. Was in der Zwischenzeit geschehen war, läßt sich leicht erraten. Denn der OB richtete zwei Tage später die formelle Anfrage an die Militärregierung, ob die KK unter das Verbot parteipolitischer Betätigung fielen<sup>37</sup>. Die KK hatten offenbar den Spieß umgedreht und der Stadtverwaltung Amtsanmaßung vorgeworfen, weil gar kein französisches Verbot der KK vorgelegen hatte. Die erbetene schriftliche Entscheidung ist jedoch nicht ergangen. Sowohl die Auflösungsorder in ihrer modifizierten Form wie auch die KK blieben unter ihrem neuen Namen „Arbeitsausschüsse“ (AA) bestehen.

In vielen Vororten hatten sich die Ausschüsse als administrative Notwendigkeit erwiesen, weil es den Ortsverwaltungen ohne sie nicht gelungen wäre, der Not Herr zu werden. Auch erreichte die Zentralverwaltung die weitgehend isolierten Außenstadtteile kaum, während sie selbst im Zuge der im Juli einsetzenden amerikanischen Entnazifizierungsmaßnahmen erhebliche Personaleinbußen verkraften mußte. Im zentralen Wohnungsamt z. B. sprachen im Sommer 1945 monatlich etwa 70 000 Personen vor, während fast alle leitenden Beamten entlassen werden mußten; ohne eine Dezentralisierung seiner Aufgaben über die AA-Wohnungskommissionen wäre die Wohnraumlentung völlig zusammengebrochen. Ähnlich war es bei der Polizei, wo die AA-Hilfspolizisten ohne schwere Gefahren für die öffentliche Ordnung nicht einfach weggeschickt werden konnten.

Die meisten Ortsbürgermeister machten deshalb von einer Ermächtigung Könekmeps v. 22. 5. Gebrauch und beriefen einen Beirat, meist AA, seltener Ortsausschuß genannt. Waren sie wie in den meisten Arbeitervororten selbst aus einem KK hervorgegangen und d. h. meist Sozialdemokraten, so bedeutete diese Ernennung wenig mehr als eine Umetikettierung des KK: Räume, Arbeitsweise, Aufgabengebiete und Personal blieben weitgehend gleich, nur daß der AA gewöhnlich noch um einige Vertreter des Bürgertums – und zwar vorzüglich lokale Honoratioren mit jetzt brauchbaren Kenntnissen wie Architekten, Bauhandwerker, Fuhrunternehmer, Landwirte – erweitert wurde. Zunächst mochte der AA hier den Ortsbürgermeister als „sein“ Verwaltungsorgan betrachten, aber indem dieser in die Rekonsolidierung und Disziplin der gesamtstädtischen Verwaltung einbezogen wurde, emanzipierte er sich von dem informellen „Mandat“ des AA. Obwohl sich das Er-

<sup>37</sup> StAS 0051-1 Bl. 49, 45.

scheinungsbild der AA in den ländlichen, erst jüngst eingemeindeten Vororten, in denen sich KK-feindliche Bürgermeister gehalten hatten (namentlich auf den Fildern), nicht wesentlich unterscheiden mochte, wurden hier die KK gespalten und z. T. in von Lokalhonoratioren beherrschte Quasi-Gemeinderäte integriert<sup>38</sup>.

Das politische Problem der Stadtverwaltung konzentrierte sich insofern auf zwei Fragen: Wie waren die innerstädtischen AA, die an keine Ortsämter angebunden werden konnten, zu zähmen? Und wie waren die politisch noch nicht organisierten Mittelschichten wieder ins politische Kraffeld zu bringen, um der Polarisierung zwischen VWW und KK/AA entgegenzuwirken und die Zentralverwaltung repräsentativ abzustützen? Klett wollte diese Fragen mit einem integrierten Beirätekonzept auf allen Ebenen beantworten. Wie bei den Ortsämtern der Vororte, so sollte auch ein beratendes Gremium für Groß-Stuttgart – und darüber hinaus eines bei der Landesverwaltung – nach „paritätischen“ Gesichtspunkten berufsständischer Art entstehen, in dem die Parteien nur informell wirken sollten. Damit war zugleich eine bürgerliche Mehrheit gesichert und das politische Betätigungsverbot der Besatzungsmacht berücksichtigt. Der offensichtlich noch nicht ausgegorene Plan wurde jedoch durch eine Intervention der französischen Militärregierung schon am 5. 6. im Keim erstickt<sup>39</sup>.

Im Juni kehrte eine Reihe höherer KP-Funktionäre aus Zuchthaus- und KZ-Haft sowie aus der Schweizer Emigration nach Stuttgart zurück<sup>40</sup>. Sie brachten für

<sup>38</sup> In diesen Wochen veränderten die Ausschüsse in den Vororten ihre Zusammensetzung zugunsten von Einheimischen und Bürgerlichen bzw. Selbständigen. In Birkach wurde der AA vom Leiter der Milch- und Eiersammelstelle (früher SPD, dann NSDAP) geleitet, daneben standen nun ein Facharbeiter (SPD) und ein Bauer sowie der Inhaber eines Einzelhandelsgeschäfts (beide parteilos). In Sillenbuch endete die Umgruppierung, indem einem Kern des früheren KK um einen Mechaniker (KPD) und einen Juristen (russisch Verfolgter), einen Schlosser und einen Kaufmann als neue Mitglieder zwei SPD-Arbeiter sowie 6 Parteilose (Studienrat, Bauamtmann, Gewerbeinspektor, kaufm. Angestellter, Techniker, Hausfrau) beigegeben wurden. In Hedelfingen war der Führer des KK, ein kommunistischer Werkmeister, Ortsbürgermeister geworden, während acht andere KK-Mitglieder von den Amerikanern verhaftet worden waren. Zu seinem neuen Beirat gehörten ein Schweißer (KPD), ein Fuhrunternehmer („vermutlich Demokrat“), ein Werk- sowie ein Glasermeister (beide SPD), ein Einzelhandelskaufmann (NSDAP), ein Kaufmann (Vors. des CVJM und Kirchengemeinderat) sowie drei Parteilose (Bauunternehmer, Gärtnereibesitzer, Kaufmann). Dagegen bildete sich ein kommunistisch geführter AA neu, der sich jedoch nicht durchsetzen konnte. In Möhringen hatte der KK um einen Kaufmann, einen Werkzeugmacher und Landwirt (beide KPD) und einen Schlossermeister (SPD) keinen Einfluß gewinnen können. Ein neuer Ortsamtsleiter beteiligte ihn erst, nachdem er um einen Mechaniker und einen Händler (beide KPD), einen Arbeiter (SPD), einen Gewerbeschulrat (Zentrum), einen pensionierten Schulrektor (DVP) und sechs Parteilose (Bauunternehmer, Lebensmittelgroßhändler, Flughafendirektor, Arzt und zwei Bauern) erweitert worden war. Auch aus Feuerbach und Bad Cannstatt lassen sich für die zweite Phase ähnliche Zusammensetzungen nachweisen.

<sup>39</sup> Vietzen, a. a. O., S. 50. Nach OSS FIS Nr. 5 (a. a. O.) hatte sich Klett der Besatzungsmacht als OB u. Ministerpräsident für die Landesverwaltung empfohlen.

<sup>40</sup> Aus dem KZ Flossenbürg kam im Juni Albert Buchmann (1924–33 MdB und 1932 Polleiter

die AA eine neue programmatische Orientierung. Sie drängten in die Verwaltung, die Presse und hatten Worte wie Revolution oder Sozialismus aus ihrem Vokabular gestrichen. Sie plädierten für Zusammenarbeit mit allen Gruppierungen außer den NS-Organisationen, für Volksausschüsse ohne spezifisch politisches Ziel zur allgemeinen Selbsthilfe, Aufklärung und Mobilisierung, für den Aufbau der Verwaltung und semi-öffentlicher Institutionen unter Einbau von KP-Funktionären und für die Unterordnung unter die Besatzungsmächte in allen Zonen. Wenn auch mit einer Phasenverzögerung wurden die Stuttgarter KP-Mitglieder aus der inneren Opposition – und mit ihnen viele, in ihrer Perspektive noch unsichere KK-Aktivisten – durch diese Funktionäre wieder an die Parteiführung angeschlossen und erfuhren, daß die Volksfront keine bloße Taktik zur Entfesselung antifaschistischer Volksaufstände, sondern als langfristige Strategie gedacht war.

In einer programmatischen Rede wollte Buchmann, der höchstrangige KP-Heimkehrer in Stuttgart, eine „Reihe von Unklarheiten“ über die AA aus der „ersten Periode der Wirksamkeit der Ausschüsse“ – d. h. deren Linksradikalismus – ausräumen<sup>41</sup>. Ihm ging es im wesentlichen um drei Fragen: 1) zu warnen, daß die AA nicht in einen Antagonismus mit den Besatzungsmächten hineinwachsen, sondern für die freiwillige Anerkennung der Kollektivschuld des deutschen Volkes und entsprechender Reparationen würben; 2) ihnen ihren klassenkämpfe-

in Württemberg, später KP-Landesvorsitzender), aus Buchenwald Robert Leibbrand (später MdB) und Willi Bleicher (früher KPO, später IGM-Landesvorsitzender), aus Ravensbrück Erika Buchmann, aus Dachau Franz Bellemann (früher Agitpropfleiter in Württ. und ‚Versöhner‘). Etwas später kam Willi Bohn (Chefred. der Süddeutschen Arbeiterzeitung) aus dem Zuchthaus. Aus dem NKFD für den Westen in Frankreich kam Hermann Nuding, aus der Bewegung Freies Deutschland in der Schweiz Ende Mai Karl Ackermann, Friedrich Schlotterbeck und – vorübergehend – Leo Bauer. Zur Vorbereitung der West-Remigranten vgl. Karlheinz Pech, *An der Seite der Résistance*, Frankfurt 1974, S. 263 ff.; Karl Hans Bergmann, *Die Bewegung ‚Freies Deutschland‘ in der Schweiz 1945–1945*, München 1974, S. 165 ff. Die Buchmanns und Bellemann engagierten sich in den AA, Ackermann und Bohn übernahmen führende Positionen bei der ‚Stuttgarter Zeitung‘, Buchmann wurde Regierungsdirektor im vorl. Innenministerium (Referent für Flüchtlingsfragen), Schlotterbeck Präsident des württ. Roten Kreuzes. Diese Gruppe geriet in scharfe Auseinandersetzungen mit den bisherigen ‚ZK‘-Vertretern, weil diese die KK nicht auf Versorgungsfragen abdrehen, sondern als Machtorgane aufbauen oder doch als Vorformen einer unmittelbar zu bildenden proletarischen Einheitspartei verstehen wollten, wobei sie in Schuler und Ulrich Partner in der SPD zu haben glaubten (Auskunft Hans Schneider). Sie konnten sich aber nicht durchsetzen. Von den ZK-Initiatoren blieben nur der frühere MdL Romuald Hilsenbeck (KZ-Haft) und der Stadtrat Karl Groß in der AA-Zentrale; Lämmle wurde Ortsbürgermeister in Botnang, Hans Schneider übernahm die KZ-Betreuungsstelle und widmete sich dann wie Leibbrand dem Aufbau der Partei, deren Vorsitz nach der Gründung Ende August Buchmann übernahm. Dieser hatte nach Buchenwalder Erfahrungen zunächst eine Einheitsbewegung favorisiert, Ulrich ein Labour-Party-Modell (OSS, FIS Nr. 5, a. a. O.).

<sup>41</sup> Broschüre „Zwei Reden zur Zeit“, o. O. u. J. (Stuttgart 1945, „Nur für Mitarbeiter der Ausschüsse“). Darin Albert Buchmann, *Die Ausschüsse und ihre öffentliche Tätigkeit*, Rede vor dem Arbeitsausschuß Gaisburg (etwa Ende Juni/Anfang Juli), S. 2–9. Vgl. auch das Flugblatt der Stuttgarter AA in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung*, Reihe III/Bd. 1, Berlin (Ost) 1959, S. 102 ff.

rischen Charakter zu nehmen, um durch sie „das Vertrauen der Bevölkerung und der Behörden“ zu gewinnen<sup>42</sup>; 3) sicherzustellen, daß das in ihnen mobilisierte Potential nach der Übernahme der Selbsthilfeaufgaben durch die Verwaltung nicht verlorenging, sondern zum Fundament der Beteiligung an der Verwaltung und zum Aufbau einheitlicher Massenorganisationen der Jugend, der Frauen, der Sportler, der Sozialfürsorge, der Gewerkschaften und eines Kulturkartells<sup>43</sup> würde.

Während diese Linie zumindest für die Zentrale und die von Kommunisten initiierten innerstädtischen Ausschüsse verbindlich wurde, zersetzte sich langsam die Einheit der AA in den Arbeitervororten, die zunehmend durch den Einfluß führender KPD- und SPD-Funktionäre einer Zerreißprobe ausgesetzt wurden. Die AA-Zentrale im Gablenberger „Volkshaus“ jedoch bestand alsbald aus einem in „Ressorts“ gegliederten Bürobetrieb mit umfänglichem Publikumsverkehr. Sie gab Rundschreiben an die AA heraus und versammelte deren Delegierte. Ein wöchentlicher Kurierdienst sollte die einzelnen AA mit der Zentrale verbinden, was jedoch die weniger linientreuen Lokalausschüsse vermieden. Bei der Zentrale wurde eine Gesamterfassungskartei der Stuttgarter Nazis angelegt und vor dem Zugriff auch der amerikanischen Militärregierung geschützt. Zwischen dieser AA-Bürokratie und dem Oberbürgermeisteramt wie auch dem Polizeipräsidium entwickelte sich nunmehr schnell ein Vertrauensverhältnis<sup>44</sup>.

Für die entpolitisierende Etablierung der AA wurde es jedoch entscheidend, daß

<sup>42</sup> Buchmann, a. a. O., sagte, die AA als „Selbsthilfe des Volkes von unten her“ sollten „den Behörden ihre Aufgabe erleichtern und z. T. abnehmen“. Den AA sei es gelungen, „die verzweifelte Bevölkerung von Revolten, Plünderung und Unruhen abzuhalten“ und das Chaos zu verhindern, „ohne daß die Polizei gegen die Bevölkerung einschreiten mußte“. Man müsse sich heute nicht nur gegen die Nazis wenden, sondern im Namen eines „elementaren Aufbauprogramms“ gegen alle, die den alten Parteienzweck fortsetzen wollten. Die Diskussion von Parteiprogrammen sei unergiebig. „Der Trümmerhaufen . . . diktiert uns zwingend das Zusammenwirken im gemeinsamen Interesse. Selbst große Industrieanlagen liegen zertrümmert und ihre Besitzer sehen sich genötigt, die Hilfe des Volkes anzurufen. Die Interessen aller sind weitgehend gleich gerichtet.“ Folgerichtig wandte er sich gegen die „gewisse Einseitigkeit“ der früheren KKs und plädierte dafür, deren proletarisches Übergewicht durch eine „Parität aller Kreise“ (womit Berufsgruppen gemeint waren) zu überwinden.

<sup>43</sup> Karl Ackermann, Die Kulturarbeit der Ausschüsse, Rede auf der Gründungsversammlung der Sängervereinigung Gablenberg, in: Zwei Reden zur Zeit, a. a. O., S. 10 ff. Hieraus wuchs der Kulturbund, ähnlich auf Initiative von Arbeitersportlern und AA der Bund für Sport- und Körperpflege.

<sup>44</sup> Die umfangreiche Organisation von Selbsthilfeaufgaben vor allem bei der Versorgung wird hier nicht ausführlich dokumentiert. Vgl. dazu Vietzen, a. a. O., S. 144 ff.; Albert Buchmann, Auch in Stuttgart waren die Arbeiter für den Zusammenschluß, in: Fanny Rosner u. a. (Hrsg. i. A. d. IML beim ZK der SED), Vereint sind wir alles, Berlin (Ost) 1971, S. 655 ff., sowie die Tätigkeitsberichte der AA-Zentrale in StAS 0454-1 Nr. 3 und den aus dem Selbstverständnis der AA geschriebenen Korrespondentenbericht „Stuttgart: Arbeitsausschuß baut auf.“ in der US-Zeitung „Stuttgarter Stimme“ Nr. 1 v. 3. 8. 1945. Buchmann versuchte auch, ähnliche Ausschüsse in anderen württembergischen Städten zu fördern und zu koordinieren (vgl. sein Auch in Stuttgart . . ., a. a. O., S. 661 ff.).

die US-Militärregierung das Arrangement der Franzosen mit AA und Gewerkschaften schon am 12. 7., also vier Tage nachdem sie Stuttgart ihrer Zone eingliedert hatten, und dann noch einmal am 16. 7. bestätigten. AA und Gewerkschaften wurden weiter geduldet, nachdem der OB sich dafür verbürgt hatte, daß beide nicht „politisch“ tätig würden<sup>45</sup>. Nach ihren Ankündigungen und ihrem sonst – außer in Bremen – praktizierten Antifa-Verbot in anderen Reichsteilen kam diese Haltung der Amerikaner überraschend. Sie entsprang der Auffassung, daß vermehrte Freiheiten die Möglichkeiten der Militärregierung zur politischen Kontrolle verbesserten, weil sie eine Monopolisierung politischer Aktivität durch linke, mehr oder minder illegale Gruppen verhinderten und der Apathie der gebildeten Schichten entgegenwirkten. Der Rückzug der Bevölkerung auf die persönliche Lebensbewältigung sei erst sekundär eingetreten, weil „der frühe revolutionäre Eifer derer, die in der spontanen Erhebung von Arbeitsausschüssen [gemeint sind die KK] den Keim einer antinazistischen Volksbewegung von großem politischen Ausmaß erblickten, erheblich gedämpft“ worden sei und das politische Betätigungsverbot ihr Selbstbewußtsein und ihr Vertrauen in die Bevölkerung gebrochen habe. Im Sommer ging es schon nicht mehr um die Zulassung politischer Spontaneität, sondern um die Rekrutierung neuer Kräfte, weil sonst Legitimität und Effizienz der Besatzungsverwaltung in einem Sumpf von Lethargie und ersatzlos gesäuberten Behörden zu versinken drohten. Früher als die meisten anderen lokalen Militärregierungen drängte die Stuttgarter deshalb aufgrund dieser Analyse schon am 25. Juli auf einen gemeinderatsähnlichen Beirat<sup>46</sup>. Klett konnte insofern an seine von den Franzosen abgeblockte Repräsentationskonzeption anknüpfen.

Nicht minder wirksam wurde ein weiterer Integrationsmechanismus. Durch ihre Kooperationspolitik hatte die Komitee-Bewegung angesichts von Besatzungsmacht, Verwaltung und organisiertem Bürgertum nicht mehr die Macht, sich die von ihr benötigten Mittel einfach zu nehmen; sie war aber auch keine Volksbewegung, die ihre Organe auch finanziell selbst getragen hätte. Mehrfach wurde beobachtet, daß gerade die Arbeiter in den AA nach den ersten Wochen an ihre Arbeit zurückgingen, „weil es für sie wirtschaftlich einfach nicht mehr tragbar war“. Selbst die übliche Entlohnung für die von den AA oder der Stadt zum Arbeitsdienst Geworbenen von RM 5,- pro Tag war wirkungslos: „erstens kann man davon nicht leben, zweitens meldet sich mit dieser geringen Entschädigung kein Mensch“. Dies galt noch mehr für die AA-Aktivisten: „Nach drei Monaten ehrenamtlicher Arbeit ohne jede Einnahme, dazu noch die Aufbringung der Verwaltungskosten, ist der einzelne nun außerstande, weiterhin ohne Verdienst leben zu können.“ Die AA-Zentrale bat deshalb, die AA von der Stadt aus zu finanzieren, entweder über die Wohlfahrt („natürlich mit auskömmlichen, höheren Beträgen“) oder durch die Bil-

<sup>45</sup> Vietzen, a. a. O., S. 142.

<sup>46</sup> Zu dieser besonderen Haltung der Stuttgarter Mil.Reg. vgl. die Analyse ihres Nachrichtenchefs Moses Moskowitz, *The Political Reeducation of the Germans, The Emergence of Parties and Politics in Wuertemberg-Baden (May 1945–June 1946)*, in: *Pol. Sc. Quart.* 61 (1946), S. 535 ff., das Zit. S. 537.

derung eines Sonderfonds<sup>47</sup>. Damit konnte der OB die Energien der AA zur Selbsthilfe und Arbeitsorganisation bewahren, eine Auseinandersetzung vermeiden und die AA vollends bürokratisch zähmen. Er zahlte den Mitgliedern der Ortsausschüsse und Wohnungskommissionen in den Vororten ad personam und für nachgewiesene Tätigkeiten Spesen; später mußten ihm die innerstädtischen AA und die Zentrale ihre 64 hauptamtlich tätigen Kräfte nennen, die 180,- RM im Monat bekamen. Sollten die AA sich anders als erwartet verhalten, so konnten die Gehaltslisten (mit Anschrift, früherer Parteizugehörigkeit und geregelter Zuständigkeit) sich schnell in Proskriptionslisten verwandeln<sup>48</sup>.

## VIII

Auf der Ebene der Stadtteile und Arbeitervororte war die Kontinuität der AA gegenüber den KK größer, als es der abrupte konzeptionelle Kurswechsel in der Zentrale andeutet. Es blieben zunächst weitgehend die alten Mitarbeiter und sie setzten auch dieselben Tätigkeiten – Erfassung der Nazis, Trümmerbeseitigung, Beschaffung und Verteilung von Wohnraum, Nahrungsmitteln und Brennstoff – fort, die sie vorher begonnen hatten. Nur langsam traten hier ab Spätsommer Desintegrationserscheinungen hervor im Zuge teils der parteipolitischen Reorganisation, teils der Absorption durch die Verwaltung bzw. den Arbeitsmarkt. Während für die Vororte bereits die tragenden Kräfte charakterisiert wurden, bleibt hier noch, die meist seitens des ‚Zentralkomitees‘ initiierten innerstädtischen AA in ihrer Zusammensetzung vom Sommer 1945 zu analysieren.

Ihr tragendes Fundament waren ein kommunistischer Stamm und eine ähnlich große Gruppe ohne frühere Parteibindung. Diese zerfällt etwa zu gleichen Teilen in Angehörige der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums. Parteipolitisch zumindest blieb die Bündnispolitik in den Ansätzen stecken – die Beteiligung früherer Mitglieder des Zentrums und der Liberalen war verschwindend gering. Charakteristische Abweichung gegenüber den Arbeitervororten ist hier vor allem der relativ geringe Anteil von Sozialdemokraten. Nach der beruflichen Gliederung stammte der Kern der Arbeitsausschüsse aus dem Grenzbereich zwischen Arbeiterschaft und Kleinbürgertum: Fach- und Vorarbeiter, Handwerksmeister, kleinere Angestellte und Selbständige. Dagegen waren einfache, ungelernte Arbeiter so gut wie nicht vertreten. Höher qualifizierte Berufe – vor allem Architekten, einige Ingenieure, Ärzte, einzelne Rechtsanwälte und Lehrer – wirkten etwas häufiger mit. Bei den Arbeitern überwogen, entsprechend der Stuttgarter industriellen Struktur, Beschäftigte in der metallverarbeitenden Industrie, bei den Handwerkern und Selbständigen gemäß dem Aufgabengebiet der AA die Bau- und Ernährungsbranchen.

<sup>47</sup> Zit. aus AA-Zentrale an Stadtverwaltung v. 15. 7. 1945 und AA-Zuffenhausen an AA-Zentrale v. 11. 9. 1945 (StAS 0434-1 Nr. 1 Bl. 3 bzw. 0434-1 Nr. 4 Fsc. Zuffenhausen).

<sup>48</sup> Zur Finanzierung 0434-1 Nr. 5.

Diese Aussagen gelten sowohl für den hauptamtlichen Kern der innerstädtischen Ausschüsse, wie auch für den Kreis der weiteren Mitarbeiter, die zu Versammlungen kamen, von Fall zu Fall mit Hand anlegten oder in Fachausschüssen ihren Rat gaben. Eine Aufstellung der 80 hauptamtlichen Funktionäre in 19 Stadtteilen, die vom Sommer oder Herbst 1945 stammt, ergibt folgendes Bild<sup>49</sup>:

Berufsgruppe	insgesamt		davon (abs.)			
	%	abs.	KPD	SPD	DVP/Z	Parteilos
ungel. Arbeiter	7,5	6	2	3		1
Facharb./Handwerker	40	32	12	6	1	13
unt. Angest./Beamte	17,5	14	4	3	1	6
Selbständige/höh. Angest.	14	11	2	2	2	5
ohne Angabe	21	17	8	2	1	6
Insgesamt	absolut	80	28	16	5	31
	%	(100)	35	20	6	39

Etwas genauer läßt sich eine Zusammenstellung über alle 81 Mitglieder des AA Heselach aufgliedern, die durch verstreute Angaben über andere AA tendenziell bestätigt wird<sup>50</sup>:

Berufsgruppe	insgesamt		davon (abs.)			
	%	abs.	KPD	SPD	DVP/Z	Parteilos
ungel. Arbeiter	5	4	3			1
Facharb./Handwerker	32	26	13	6		7
unt. u. techn. Angest.	17,5	14	8	2	1	3
Handwerksmeister	12,5	10	3	5		2
Kaufleute/Vertreter	12,5	10	3	2	1	5
Freie Berufe	7,5	6				6
Lehrer/Pastoren	2,5	2				2
Hausfrauen	5	4	2			2
Keine Angabe	5	4	2	2		
Insgesamt	absolut	81	34	17	2	28
	%	(100)	42	21	2,5	34,5

Die  $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der Kommunisten und Parteilosen dürfte – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven – in den innerstädtischen Quartieren die von der AA-Zentrale geforderte Beschränkung der Tätigkeit auf soziale Dienstleistungen sichergestellt haben. Damit vollzog sich im Stadttinnern im konkreten AA-Verhal-

<sup>49</sup> 0434-1 Nr. 4 (Verzeichnis der AA).

<sup>50</sup> Ebda. (Heselach). Unter den 28 Mitgliedern des AA Gablenberg waren 2 ungelernete Arbeiter, 16 Facharbeiter und Handwerker (inklusive Meister), 6 untere und technische Angestellte und je 2 Kaufleute und Hausfrauen. Die 60 Mitglieder im AA Ostheim gliederten sich in: 17 KPD, 25 Parteilose, 10 SPD, 6 Zentrum, 2 DVP.

ten derselbe Wandel, der sich in den kleinbürgerlichen Vororten mit der Herausdrängung der Kommunisten durch Bürgerliche und Verwaltungsstellen angebahnt hatte. Im Einflußbereich der Zentrale verschob sich die Priorität von spezifisch antifaschistischen Maßnahmen und direkter Selbsthilfeaktion auf großräumiger und langfristiger angelegte Hilfsleistungen für die Versorgung und den Wiederaufbau im allgemeinen. Auch in den 18 Vororten rangierten nach einer späteren Verwaltungsumfrage die Brennholz- und Lebensmittelbeschaffung, Trümmerbeseitigung und Wohnraumverteilung weit an der Spitze vor Pg-Arbeitseinsatz, Mitwirkung an der Entnazifizierung, Stellung der Hilfspolizei oder gar Neuorganisation der Wirtschaft und Landwirtschaft. Mit erheblichem Einsatz und Improvisationstalent wurde zwar eine Reihe von Versorgungsproblemen gelöst, welche die Verwaltung allein nicht bewältigen konnte<sup>51</sup>. Aber es gelang den AA nicht, damit bleibende Funktionen an sich zu ziehen. Denn sie überbrückten einen irregulären und vorübergehenden Tiefstand administrativer Effizienz, ohne Struktur und soziale Grundlage der Verwaltung wirksam in Frage stellen zu können, und machten sich durch ihre Hilfestellungen selbst überflüssig.

## IX

Auf der anderen Seite wurde die Steuerung zahlreicher AA durch die kommunistisch geleitete Zentrale vom Ausscheiden der meisten Sozialdemokraten auch aus den Vorortausschüssen begleitet. Teilweise lehnten sie den Kurswechsel der Zentrale ab, die AA zu einem Medium sozialer Dienstleistungen und vopolitischer Massenorganisation zu machen. Teilweise zeigte die Integrationspolitik des OB und der Stuttgarter Militärregierung ihre Wirksamkeit. Jedenfalls verblieb den Sozialdemokraten als politische Aktionsform nur ihre Partei und diese wurde von einem Stamm höherer Funktionäre, die nicht an den KK in den Vororten teilgenommen hatten, seit dem Frühsommer zügig reorganisiert. Die Stuttgarter SPD-Funktionäre waren vielleicht die ersten, die den Führungsanspruch und die Konzeption Kurt Schumachers anerkannten, die Arbeiterschaft und Teile der Mittelschichten unter dem Banner eines nationalen und antibolschewistischen Sozialismus zu sammeln<sup>52</sup>. Zwar hatte sich das Verhältnis der AA-Zentrale zu den Gewerkschaften durch die Abgrenzung der AA von der Betriebsarbeit einerseits und durch den Einfluß der Betriebsräte auf die ADGB-Führer andererseits entspannt, und auch in vielen Fragen der konkreten Kommunalpolitik und der Säuberung

<sup>51</sup> Vgl. Anm. 44. Für die Tätigkeit der Vorortausschüsse die in Anm. 29 erwähnte Umfrage und die Vorgänge über die einzelnen AA in StAS 0454-1 Nr. 4.

<sup>52</sup> Schumacher, der bereits am 2. 5. eine Reise genehmigung nach Stuttgart beantragt hatte, kam am 11. 7., als auf einer illegalen Konferenz mit 300 Funktionären die Stuttgarter SPD wiedergegründet wurde. Vietzen, a. a. O., S. 120. Die SPD-Kader waren 1945 in Stuttgart wesentlich älter und weniger aktiv und ihre Mitgliedschaft kleiner als die der KP. (OSS FIS Nr. 43, a. a. O., S. 13, 20 ff.; ähnlich Eberhard.).

wirkten Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen. Die SPD-Funktionäre folgten aber auch darin genau den Richtlinien Schumachers, daß sie sich alsbald auf die weitergehende Konzeption der KPD einschossen, proletarische Aktionseinheit und einen Parteienblock ohne Wahlen herzustellen.

Kaum war Fritz Ulrich zum Landesdirektor des Innern bestellt und die illegale Wiedergründung der SPD erfolgt, da fragte er am 18. 7. dienstlich beim Stuttgarter OB über das Verhalten der AA nach, wobei er keinen Hehl aus seiner Ablehnung machte. Man treffe dabei „vielfach auf Leute, denen man ihre jetzige feindliche Einstellung gegen den Nationalsozialismus in den früheren entscheidenden Zeiten nicht anmerken konnte“. Sein Eindruck sei insgesamt „nicht gerade günstig“. Deshalb glaube er, „im Interesse der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung und eines leistungsfähigen Berufsbeamtentums der Untersuchung dieser Bewegungen näherzutreten zu sollen“<sup>53</sup>. Nach der Parteilizenzierung beschieden die Stuttgarter Sozialdemokraten den Vorschlag der KPD, wie in Berlin, München, Hamburg etc. eine Aktionsgemeinschaft einzugehen, erst inhaltlich, dann abschlägig<sup>54</sup>. Deutlicher wurden sie, als die KP am Ende des Jahres unter dem Vorwand eines „Winternothilfeprogramms“ die Parteien doch noch zur Bildung eines Blocks unter Einschluß der AA, die sogar z. T. als Integrationsmedium gedacht waren, bringen wollte. Nach extrem kurzfristiger Einladung waren die Christlich-Sozialen schon gar nicht erschienen, die Sozialdemokraten empört, die Liberalen ergötzen sich am Krach zwischen den Arbeiterparteien und Buchmann versuchte sich als KP-Vertreter in der wenig überzeugenden Rolle eines Vermittlers zwischen den AA- und SPD-Vertretern. Die zeigten sich „sehr erstaunt“. Die SPD sei bekanntlich von Fall zu Fall zur Zusammenarbeit mit AA und KP bereit. Aber: „So . . . daß durch die AA die Parteien zusammengefaßt werden, kann es unter keinen Umständen gemacht werden.“ Im übrigen seien die im Winternothilfeprogramm erwähnten Aufgaben Sache der Verwaltung, die AA würden demnächst von gewählten Gemeinderäten abgelöst. Freilich verlange die SPD andererseits auch nicht „die plötzliche Auflösung der AA“, aber nur weil sie meine, „daß das Stadium des Absterbens der AA schon so weit fortgeschritten ist, daß eine künstliche Belebung nicht in Frage kommen kann“<sup>55</sup>.

Allerdings ging die Hoffnung der SPD auf einen durchschlagenden Erfolg bei den Wahlen nicht auf, wohl aber die des OB, der sich in der Folge als ein taktisches Naturtalent des *divide et impera* erwies. Als Parteiloser ließ sich Klett 1946 und 1948 von bürgerlichen Mehrheiten gegen von SPD und KPD gemeinsam aufge-

<sup>53</sup> StAS 0434-1 Nr. 1 Bl. 15.

<sup>54</sup> Zum Verhältnis der beiden Parteien vgl. Moskowitz, a. a. O., S. 545 ff., und ausführlicher seine Analyse in OSS FIS Nr. 43, a. a. O., S. 13 ff.; Buchmann, Auch in Stuttgart . . ., a. a. O., S. 665 ff. Zu den Arbeitsgemeinschaften vgl. allgemein Albrecht Kaden, *Einheit oder Freiheit*, Hannover 1964, S. 155 ff. Im nahen Ludwigsburg wurde sogar im Sommer 1945 vorübergehend eine Einheitspartei gegründet (hierzu Mat. Keil in StA Ludwigsburg).

<sup>55</sup> Sitzung am 14. 12. 1945 in der AA-Zentrale wurde von den Vertretern der DVP und der AA-Zentrale getrennt protokolliert. StAS 0434-1 Nr. 5 Bl. 14 u. 18.

stellte Gegenkandidaten der größten Partei wiederwählen, bildete eine Stadtverwaltung unter Beteiligung aller Parteien und regierte mit wechselnden Mehrheiten. Mit der AA-Zentrale verband ihn ein Vertrauensverhältnis. Die AA blieben bis ins Jahr 1948 hinein mit der Organisation des Holzeinschlags beauftragt, bis die letzten Reste ihrer politischen Energien in den Wäldern verkommen waren. Alle übrigen Tätigkeiten wurden 1946 schrittweise abgebaut. Das Skelett der AA suchte zwar immer weiter nach Aufgaben – zum 1. 1. 46 hieß es z. B. u. a.: „Unterstützung der fortschrittlichen Unternehmer, Geschäftsleute und Bauern . . . zur Ingangsetzung der Produktion . . .“ – und beschwor seine Bedeutung, aber im Herbst 1946 blieb der Zentrale nur noch der papierne „Anspruch als Selbsthilfeorganisation der Bevölkerung gegenüber aufzutreten“<sup>56</sup>. Die Komiteebewegung hatte den Boden unter den Füßen verloren. Schon im Sommer 1945 hatte Klett offenbar die Möglichkeit erkannt, durch die Förderung der AA die KPD zugleich zu nutzen und zu binden. Ulrich gegenüber hatte er zwar einzelne Mißgriffe der AA zugestanden und über das Denunziantenwesen geklagt, aber grundsätzlich die AA auf der ganzen Linie verteidigt. Der Polizeipräsident erstattete wenig später einen detaillierten und fairen Bericht und wies erneut auf die Bedeutung der Zentrale für die Disziplinierung der Ausschüsse hin. Aber: „Da ihre Mitarbeiter sich überwiegend aus Angehörigen der Kommunistischen Partei rekrutieren, wird ihre Tätigkeit in Teilen der Bevölkerung mit einem gewissen Mißtrauen beobachtet oder gar abgelehnt. Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß die Arbeitsausschüsse während des Aufbaus der öffentlichen Verwaltungen manche ersprießliche Arbeit geleistet haben, die diese zu jener Zeit noch nicht leisten konnten.“<sup>57</sup>

Im November 1945 wurde die Finanzierung der AA-Funktionäre aus der Stadtkasse ausdrücklich bestätigt und noch erweitert, wenn auch der sozialdemokratische Kämmerer den AA bei der Abrechnung der Mittel genau auf die Finger sah und die Regelung in den Vororten ein Jahr später durch die Wahl von Ortsbeiräten hinfällig wurde. In allen Arbeitervorstädten war die SPD stärkste Partei geworden; wenigstens den zweiten Platz hatten die Kommunisten in Botnang, Hedelfingen, Weil im Dorf und später Münster. Anfang 1946 wurden die AA von der US-Militärregierung, die zuvor gegen einzelne AA mit Drohungen und sogar Verhaftungen vorgegangen war, ausdrücklich lizenziert, wobei ihnen jede Einmischung in den Tätigkeitsbereich der Parteien verboten und eine peinliche Berichtspflicht auferlegt wurde<sup>58</sup>. In der folgenden zweieinhalbjährigen Agonie waren die AA also von oben her in Watte gepackt, was den Verlust an Tätigkeitsbereichen und Popularität weniger fühlbar machte. Die Gesamtliquidation der AA während der Blockadezeit überließ Klett seinem sozialdemokratischen Stellvertreter sowie

<sup>56</sup> Aus Rundschreiben der AA-Zentrale v. 1. 1. 46 und Denkschrift „Zweck und Ziel der AA“ v. 25. 9. 1946, ebda. Bl. 21 u. 28.

<sup>57</sup> Wie Anm. 53 und Chef der deutschen Polizei an OB v. 27. 9. 1945 (StAS 0434-1 Nr. 3 unpag.).

<sup>58</sup> Rundschreiben der AA-Zentrale v. 21. 1. und 28. 3. 1946, a. a. O.; Vietzen, a. a. O., S. 194 ff.

dem kommunistischen Beigeordneten. Die AA-Zentrale leitete auch dies mit gewohnter Sorgfalt<sup>59</sup>.

## X

Die Stuttgarter Antifa-Ausschüsse entwickelten sich also in zwei deutlich abgrenzbaren Abschnitten: im ersten Besatzungsmonat ergriffen Funktionäre der beiden Arbeiterparteien auf Stadtteilebene die Initiative, um antifaschistische Selbsthilfe zu organisieren. Dabei konnten sie sich auf aktive Solidarität der Bevölkerung in den Arbeiterquartieren und die Mitwirkung einzelner Bürgerlicher stützen und sich gegenüber einer ineffizienten Militär- und Stadtverwaltung, die zugleich teilweise zur Zusammenarbeit bereit waren, durchsetzen. Als sie jedoch – nach ihrem gesamtstädtischen Zusammenschluß – an die Grenze einer Machtprobe mit der Verwaltung gelangten und diese von den Organisationskernen des alten Gewerkschaftsapparates wie auch der fortgeführten Selbstverwaltung der Unternehmer zum Eingreifen gedrängt wurde, kam es nicht zu einer kämpferischen Auseinandersetzung, sondern in der zweiten Phase zu einer schrittweisen Entpolitisierung der Ausschüsse. Hierfür waren im wesentlichen vier Faktoren verantwortlich: die Ausschüsse hatten zunächst vom Antifaschismus gelebt, aber weder eine genossenschaftliche Produktion noch wirksame politische Machtorgane zur Ausübung einer Doppelherrschaft aufgebaut. Insofern fehlten Mittel und Perspektive, um die räteartige Aktionsform weiterzuführen, nachdem Kontrolle und Umverteilung des NS-Potentials (Arbeitskräfte, Wohnungen, Vorräte) abflauten. Zweitens kehrte eine KP-Führungsschicht aus Haft und Emigration zurück, die auf den volksfrontähnlichen Bündniskurs der KP eingeschworen war und aus den klassen- und ortsspezifischen Räteansätzen allgemeine, zentral geführte Massenorganisationen im Vorfeld der KP als Mobilisierungsinstrument machen wollte. Diese schematische Linie führte jedoch nur zur Demobilisierung der spontanen Energie. Drittens kam mit den Amerikanern ein politisch bewußtes Besatzungsregime, das die Ausschüsse in ein Konzept der Elitenrekrutierung und der Schaffung parlamentarischer Institutionen einschmelzen wollte, was den zentralen Führungskreisen der politischen Parteien wieder auf die Beine half. Damit wurde jedoch zugleich die Spaltung der Arbeiterbewegung wiederbelebt, die sich auf politischem Gebiet – anders als auf ökonomisch-gewerkschaftlichem – zersetzend auf bereits zusammengewachsene Einheitsorgane auswirkte.

Die Aktivisten der Aktionsausschüsse zeigten, daß für sie die Ausschüsse eine spontane Notorganisation waren. Unter dem Druck ihrer prominenteren Parteifreunde akzeptierten sie – mehr oder minder zögernd – deren Führungsanspruch sowie die Form parteipolitischer Organisation, oder sie wurden als ‚Praktiker‘ von der Verwaltung absorbiert. Nur wenige zogen sich nach dem Scheitern des ersten Anlaufs ganz zurück, am meisten wohl die bürgerlichen Vertreter in den Ausschüs-

<sup>59</sup> StAS 0434-1 Nr. 6.

sen. Zugleich dürfte dies für die unvermeidlichen Randerscheinungen der spontanen Organisationsform, Abenteurer und „linke“ Konjunkturritter, gelten. Für die vielen früher unorganisierten Frauen und Männer in den Arbeitervororten jedoch, die in den Ausschüssen einen neuen Aufbruch sahen und mitwirkten, ohne hervorzutreten, blieb trotz ihres Einsatzes bei der Reparatur der Kriegsschäden ihre Stellung im Produktionsprozeß die gleiche und ihr noch jahrelang in den Betriebsräten anhaltender Protest gegen die Wiedereinsetzung des alten Managements am Ende erfolglos. Unter dieser Bedingung war für sie die Rückkehr zu Parteien und Verwaltung ein Startsignal für die Verhaltensmuster des status quo ante: die Priorität der privaten Lebensbewältigung vor der öffentlichen Teilnahme und Verantwortung, Hamstern statt Solidarität, ‚Organisieren‘ statt Organisation. Insofern ging von der Erfahrung der antifaschistischen Selbsthilfe auch kein kollektives Lernen und keine Strategie etwa zur Veränderung der inneren Struktur der Arbeiterbewegung aus, sondern eher eine Abschreckung und allenfalls eine ironische Erinnerung an chaotische Zeiten. Zu dieser inneren Schwäche und längerfristigen Wirkungslosigkeit hatte jedoch wesentlich beigetragen, daß die Ausschüsse ein spontaner theorieloser Reflex aus der Arbeiterklasse heraus auf die gegebene Lage waren und eine Bewußtwerdung der darin angelegten Möglichkeiten durch die Öffentlichkeitsfeindlichkeit des frühen Besatzungsregimes verhindert worden war. Die erst später entwickelten Organe wie Parteien und Zeitungen hatten jedoch fast ebenso wenig Interesse wie die damaligen Gegner, diese Bewußtwerdung wenigstens in der historischen Erinnerung nachzuholen.